



Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie

12. Sitzung (öffentlich)

11. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 18:51 Uhr

Vorsitz: Rainer Schmelzer (SPD)

Protokoll: Konstantinos Karantonas

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Datenlage – Bereich „Kultur / Sport“ (s. Anlage 1) Stellungnahme 17/4743 (nachträglich erschienen) Stellungnahme 17/4755 (nachträglich erschienen) – Gespräch mit sachverständigen Gästen	4
2	Datenlage – Bereich „Arbeit / Wirtschaft“ Ausschussprotokoll 17/1634 (Gespräch mit sachverst. Gästen am 16.11.2021) – Wortbeiträge	45
3	Datenlage – Bereich „Soziales“ Ausschussprotokoll 17/1591 (Gespräch mit sachverst. Gästen am 26.10.2021) – Wortbeiträge	48

4 Pandemie-Rahmenplan für das Land NRW 50

– Wortbeiträge

Das Parlamentarische Begleitgremium beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, am 8. März 2022 eine Sachverständigenanhörung zum Pandemie-Rahmenplan durchzuführen und diese im Livestream zu übertragen.

5 Jahresbericht des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie (s. Anlage 2) 51

– Wortbeiträge

Das Begleitgremium kommt einvernehmlich überein, die bislang vorliegenden Änderungsvorschläge der Fraktionen (siehe Anlage 2) in den Entwurf des Jahresberichts einzuarbeiten.

6 Verschiedenes 53

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass die Sitzung per Video-Stream im Internet übertragen werde. Es gälten die Beschlüsse zu einer reduzierten Anzahl an anwesenden Ausschussmitgliedern. Weitere Ausschussmitglieder seien per Videokonferenz zugeschaltet.

1 Datenlage – Bereich „Kultur / Sport“ (s. Anlage 1)

Stellungnahme 17/4743 (nachträglich erschienen)

Stellungnahme 17/4755 (nachträglich erschienen)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Das Parlamentarische Begleitgremium möchte heute mit sachverständigen Gästen den Sachstand zur Datenlage und Fragen in den Bereichen „Kultur“ und „Sport“ erörtern.

Vielen Dank an alle sachverständigen Gäste dafür, dass Sie dem Begleitgremium heute zur Verfügung stehen. Wir haben Ihnen vorab Fragestellungen übermittelt, zu denen wir mit Blick auf die heutige Sitzung Stellungnahmen erbeten haben. Ich danke den Sachverständigen für ihre schriftlich eingereichten Beiträge, die unter anderem natürlich für den heutigen Tag die Basis für weiterführende Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sein werden.

Bitte beachten Sie das vor Ihnen liegende Tableau, das Frau Hielscher uns zur Verfügung gestellt hat, welches entsprechende Hinweise enthält und auch eine Reihenfolge vorschlägt, die ich so gedenke einzuhalten. Auch unserem zugeschalteten Gast wurde das Tableau im Vorfeld zugeleitet, sodass er ebenfalls auf dem Stand der Dinge ist.

Zunächst möchte ich den Sachverständigen in der Reihenfolge des Tableaus Gelegenheit geben, das Begleitgremium mit einem kurzen, ca. fünfminütigen Statement in die Thematik einzuführen – nicht noch einmal das Schriftliche zu wiederholen; das haben wir alle zugesandt bekommen – und ihre Einschätzung bzw. ihre wichtigen Punkte zu dem Thema darzulegen.

Catalina Rojas Hauser (Kulturrat NRW e. V.): Ich bedanke mich für die Einladung zu diesem Gespräch und freue mich, hier berichten zu dürfen. Ich nutze gerne die Gelegenheit, um allen Anwesenden ein frohes neues Jahr zu wünschen. Ich möchte kurz vorweg sagen, dass Herr von Zahn im Anschluss an meine Ausführungen noch ein paar Ergänzungen aus Sicht des Kulturrats NRW e. V. vornehmen wird.

Der gesamte Kulturbereich stand und steht auch aktuell noch vor großen Herausforderungen in verschiedenen Bereichen. Kulturschaffende und Kultureinrichtungen waren und sind umfassend von Coronabeschränkungen und von verordneten Schließungen betroffen. Wir haben unsere schriftlichen Antworten auf Ihre Fragen eingereicht, und ich möchte an dieser Stelle die wichtigsten Punkte aus Sicht des Kulturrats herausstreichen. Sie umfassen vor allem die wirtschaftlichen, die künstlerischen, die organisatorischen und auch die psychischen Herausforderungen, denen sich die Kulturbranche in der Pandemie nach wie vor stellen muss.

In wirtschaftlicher Hinsicht waren die Einkommensverluste bei den selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie anderen selbstständigen Kulturschaffenden gravierend. Für den Bereich „Musik“ zum Beispiel haben wir exakte Zahlen, die der Deutsche Musikrat e. V. bundesweit erhoben hat. Diese besagen, dass in der ersten Lockdownphase 2020 die Umsätze der Soloselbstständigen im Vergleich zur Ausgangslage

2019 im Durchschnitt um 44 % eingebrochen sind. Im rein künstlerischen Bereich der Musik sind es sogar mehr als 60 %.

Auf die Bereiche „Darstellende Kunst“ und „Soziokultur“ werden die Kolleginnen gleich im Anschluss noch detaillierter eingehen. Lassen Sie mich noch beispielhaft anfügen, dass uns etwa aus der Szene der Tanzschulen berichtet wurde, dass die Umsatzeinbußen seit Beginn der Pandemie über den gesamten Zeitraum gesehen durchschnittlich bei ca. 70 % liegen.

Als Kulturrat haben wir im Laufe der Pandemie häufiger darauf hingewiesen, dass besonders die Soloselbstständigen die großen Opfer dieser Coronakrise gewesen sind. Wir müssen jetzt zu Strukturen kommen, die gerade die Soloselbstständigen in Zukunft sozial und wirtschaftlich besser absichern. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu Angestellten, die auch im Kulturbereich von der Kurzarbeiterregelung profitieren konnten.

In diesem Zusammenhang weisen wir auch darauf hin, dass dringend einer Spaltung zwischen den etablierten Strukturen und der freien Szene entgegengewirkt werden sollte.

Künstlerisch gesehen – sowohl bezogen auf die Produktion als auch auf die Präsentation – hat sich die Pandemie ebenfalls deutlich ausgewirkt. Ein Ergebnis unserer 2021 durchgeführten Umfrage, die Ihnen auch vorliegen müsste und an der sich ca. 1.000 Künstlerinnen und -künstler und Kultureinrichtungen beteiligt haben, war, dass 93 % der Einrichtungen und gut zwei Drittel der Einzelkünstlerinnen und -künstler ihre Formate während der Pandemie veränderten bzw. verändern mussten. Sie verlagerten ihre Arbeit zum großen Teil in den digitalen Raum. Hieraus folgten wiederum weitere finanzielle, technische und organisatorische Herausforderungen sowie eine große Nachfrage nach Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Digitalisierung.

Damit komme ich zum dritten Aspekt. Die Umstellung auf digitale Formate bedeutete in vielen Fällen eine erhebliche organisatorische Anstrengung für die Beteiligten. Die notwendigen technischen Kompetenzen mussten organisiert werden, und die Implementierung von Bezahlmodellen in die digitalen Formate forderte viele zu einer fast nicht zu bewältigenden Anstrengung heraus. Wirtschaftlich haben sich die digitalen Formate bei den meisten nicht zu einer realen Alternative zur analogen Präsentation entwickelt.

Hinzu kommt Organisatorisches: Kultureinrichtungen mussten die Coronaschutzverordnung in ihren Räumlichkeiten umsetzen und zum Beispiel entsprechende Lüftungs-, Bestuhlungs-, Wegeleitkonzepte und Ähnliches erarbeiten.

Ich komme zu den psychischen Auswirkungen auf die Kulturszene. Diese sind tatsächlich nicht zu unterschätzen. Künstlerinnen und Kulturschaffende berichten von Isolation aufgrund fehlender Sozialkontakte, mangelnder künstlerischer Anregung und zunehmend von Motivationsverlusten. In Kombination mit einer gewissen Erschöpfung und angesichts der unsicheren Zukunft hat dies viele Kulturschaffende durchaus zermürbt.

Trotz allem lässt sich neben all diesen Herausforderungen auch Positives feststellen, nämlich dass zum Beispiel auch das Bewusstsein für die wichtige Rolle der Kultur in der demokratischen Gesellschaft aus unserer Sicht gewachsen ist. Aktuell lässt sich dies etwa daran erkennen, dass im letzten Beschluss der MPK explizit auf die Relevanz von Kunst und Kultur hingewiesen wird. Dadurch wird auch deutlich, dass Kunst und Kultur etwas anderes sind als jede x-beliebige Freizeitaktivität.

In diesem Zusammenhang betont der Vorsitzende des Kulturrats NRW e. V. Gerhart Baum gerne, dass Kunst kein Luxus ist, sondern ein Garant für die geistige Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft.

Abschließend möchte ich festhalten, dass es aus Sicht des Kulturrats NRW für die Zukunft erforderlich ist, dass in Krisenzeiten wie der vorherrschenden Pandemie eine kontinuierliche Kommunikation zwischen Gesundheits-, Finanz-, Schul- und Kulturreports der Landesregierung mit – auf der andern Seite – Vertreterinnen und -vertretern von Kulturverbänden, Kulturinitiativen und auch Kulturakteuren gewährleistet ist. Hinzu kommt die bereits erwähnte Verbesserung der sozialen Absicherung solselbstständiger Kulturschaffender. Wichtig wären außerdem klare Ausfallregelungen zum Beispiel bei Honoraren und insgesamt möglichst übersichtliche behördliche Auflagen in solch einer Ausnahmesituation.

Prof. Dr. Robert von Zahn (Kulturrat NRW e. V.): Ich würde gerne einige Worte zum Vereinswesen ergänzen, weil es auch in Ihren Fragen konkret angesprochen worden ist und sich hierbei auch eine Gemeinsamkeit mit dem Sportbereich zeigt, die interessant oder zumindest drängend ist.

Im Musikbereich des Kulturlebens sind in Nordrhein-Westfalen 4.500 Vereine aktiv, die als Chöre, Spielmannszüge, Blasorchester, Laienorchester irgendwelcher Art zusammenarbeiten, zusammen Konzerte vorbereiten und auf diese Weise ein regelmäßiges Vereinsleben haben. Dieses Vereinsleben ist natürlich von der Coronakrise betroffen und zwar in dreierlei Hinsicht.

Die erste ist die rein finanzielle Hinsicht. Diese Vereine leben nicht nur von den Mitgliedsbeiträgen, sondern sie haben auch dadurch Einnahmen, dass sie musizieren. Sie haben nämlich – je nach Besetzung – zu ganz typischen Saisons bestimmte Einnahmen, auf die sie angewiesen sind: Chöre machen in der Passionszeit immer gute Einnahmen – natürlich auch in der Weihnachtszeit –, Blasorchester und Spielmannszüge sind sehr stark im Mai vertreten, wenn die ganzen Maifestivitäten stattfinden. – Dies blieb direkt nach dem ersten Lockdown natürlich aus.

Gerade die Bläuserszene kam dadurch sehr in Schwierigkeiten, und wir im Landesmusikrat NRW e. V., dem Dachverband der Amateurmusikverbände, waren überrascht, wie schnell nach dem Lockdown tatsächlich die ersten Insolvenzen drohten. Diese Einnahmen durch das Maispielen werden so selbstverständlich von den Kassenwarten vorausgesetzt, dass sie einfach gar nicht ausbleiben dürfen. Fällt ein Jahr komplett flach, wird die Vereinskasse ziemlich schnell leer.

Dank der Landesregierung – in dem Fall des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft – konnten wir Mittel in die Szene geben: zwei Coronahilfsprogramme für die Amateurmusik –

speziell um Vereinsinsolvenzen abzuwenden; dies waren 2020 500.000 Euro, im Winter darauf 1 Million Euro; das Geld wurde komplett ausgegeben –, die wirklich dazu geführt haben, dass es zumindest keine Insolvenz gegeben hat, die uns bekannt geworden ist.

Das größere Problem ist das erlahmende Vereinsleben – das ist der zweite Punkt. Diese Vereine sind natürlich darauf angewiesen, dass geprobt wird, dass sich die Musizierenden zusammen treffen, gemeinsam proben, Aufführungen vorbereiten, vielleicht sogar Touren vorbereiten, gesellige Anlässe planen, die letztlich dazu führen, dass die Menschen in einer bestimmten Region zusammenkommen, die durch den Verein organisiert sind. Das ist durch die Coronakrise – und da natürlich auch im Zuge der Durchführung der Coronaschutzverordnung – zeitweilig völlig unmöglich geworden oder sehr erschwert worden.

Sie alle haben vielleicht in den Schutzverordnungen immer diese Passagen gelesen, die vielerorts mit Sarkasmus aufgenommen worden sind, nämlich dass gerade die Sänger und Bläser besonders viel Abstand in Ausstoßrichtung halten müssen – 6 m bei den Proben –, um andere nicht zu infizieren. Gerade in Nordrhein-Westfalen stellen insbesondere die Chöre – sie sind die Masse des Musiklebens überhaupt; das sind alleine im Chorverband 3.200 Chöre – und die Bläser am Niederrhein aber auch im Sauerland die große Masse der instrumentalen Musik dar: Über 1.000 Vereine sind nur mit Blasinstrumenten unterwegs. Bei denen lief nichts mehr.

Als Gegenmaßnahme – nach einem Landtagsbeschluss vom Winter 2021 – waren die Konzerte gegen die Einsamkeit erfolgreich. Der Landtag hat Mittel über das Kulturministerium dafür zur Verfügung gestellt, dass diejenigen, die sich vor Wohneinrichtungen aufstellen und dort spielen, eine pauschale Aufwandsentschädigung dafür bekommen, dass sie für die Senioren spielen und dann wieder gehen.

Dies ist in hohem Maße angenommen worden. 1,3 Millionen Euro sind auf diese Weise umgesetzt worden, und 6.000 von diesen Musiziergruppen haben davon profitiert. Das hat der Szene einen Push gegeben, der sehr wichtig war. Ich glaube, wir werden auch in diesem Jahr solche Pushs brauchen.

Der dritte Faktor ist: Es gibt kaum noch Nachwuchspflege. Dies besorgt uns am meisten. Die Vereine müssen leben und arbeiten, um den Nachwuchs heranziehen zu können. Gerade die Instrumentalvereine in Nordrhein-Westfalen sind da super. Entgegen des Klischees hat der Volksmusikerbund mit seinen 1.000 Mitgliedsvereinen ein Durchschnittsalter von unter 35 Jahren bei seinen Mitgliedern, weil er durchweg eine sehr gute Nachwuchsarbeit macht.

Dieser Effekt ist seit dem Frühjahr 2020 verloren gegangen, denn es gibt einfach nichts, womit man den Nachwuchs ködern könnte – es gibt nichts zu tun. Daher sehen wir das Aufholen hinsichtlich dieses großen Defizits als dringendste Herausforderung für das Jahr 2022. Wir wissen noch nicht genau, wie wir es eigentlich machen wollen, aber hier ist ein Maßnahmenbündel dringend gefordert.

Ulrike Seybold (NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste e. V.): Auch von meiner Seite: Herzlichen Dank für diese Einladung und dafür, dass ich hier etwas expliziter über die Lage der Freien Darstellenden Künste im Land berichten darf.

Natürlich gilt sehr vieles von dem, was die Kolleg*innen vom Kulturrat gerade gesagt haben, auch für unseren Bereich. Ich möchte aber ein paar Dinge unterstreichen bzw. auf ein paar Sonderpositionen hinweisen.

Wie ich schon in meiner schriftlichen Stellungnahme geschrieben habe, ist eine ganz wesentliche Studie aus unserem Bereich, die des Fonds Darstellende Künste e. V., der die ganzen Neustartmittel in unserem Bereich verwaltet, in Auftrag gegeben hat, leider noch nicht final veröffentlicht. Es gibt aber eine Vorabveröffentlichung, und es gab ein Symposium dazu. Das heißt, dass die Dinge, die ich behaupte, nicht aus der Luft gegriffen sind oder sie sich nur auf meiner Erfahrung und ganz vielen Gesprächen mit Künstlerinnen und Künstlern gründen, sondern sich auf den vorab veröffentlichten Ergebnissen stützen, die ich Ihnen jetzt hier leider noch nicht schriftlich zur Verfügung stellen kann.

Die Frage „Wie ist die Lage für die Freien Darstellenden Künste im Land?“ ist schwierig auf den Punkt zu beantworten, weil die Lage einfach sehr disparat ist, da auch die Freien Darstellenden Künste im Land sehr disparat sind. Wir haben jetzt knapp über 320 Mitglieder, und das Spektrum reicht tatsächlich von Einpersonengesellschaften – ich sage mal ein Beispiel: Puppenspieler*innen; ein Mann, eine Frau zieht durch das Land und gibt in Kitas oder in kleinen Städten alleine Vorführungen – bis hin zu Häusern in mittlerer Größe mit institutioneller Landesförderung. Es erklärt sich von selbst, dass dies natürlich unterschiedliche Situationen sind.

Als Faustformel kann man formulieren, dass je näher jemand an einer dauerhaften öffentlichen Förderung war, umso mehr im ersten Moment abgepuffert werden konnte. Aber das ging nur durch die Hilfen und Hilfsprogramme, die geschaffen wurden. Ansonsten – das kann man wirklich sagen – wäre die Lage desolat; auch bei denjenigen, die stabil öffentlich gefördert wurden, weil auch sie immer Teile ihrer Finanzierung abseits der Förderung erwirtschaften, und da sind ganz wesentliche Bereiche weggebrochen.

Vor allem für unsere Bereiche waren die Programme extrem hilfreich, die auf Künstler und Künstlerinnen zugeschnitten waren. Die Wirtschaftshilfen waren auch gut und haben dem einen oder anderen geholfen, sind aber oftmals an Bedarfen vorbeigegangen. Zum einen lag dies am Aspekt, dass immer ein wesentlicher Fokus auf Betriebskosten, Material und großen Räumlichkeiten – was als Förderung für eine kleine GbR, die eigentlich eher nur mit Texten arbeitet oder sich Dinge erdenkt, natürlich nicht so relevant war – lag und weil die Hilfen auf hybride Arbeitsverhältnisse nicht so gut zugeschnitten waren – das habe ich in meiner Stellungnahme ein bisschen ausführlicher ausgeführt.

In unserem Bereich agieren sehr viele Berufstätige entweder durch mehrere Selbstständigkeitsstellen in Zusammenschlüssen verschiedener GbRs oder in Form einer hybriden Beschäftigung mit einer zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Anstellung in

einem kunstnahen oder kunstfernen Bereich. Die Wirtschaftshilfen waren allerdings sehr stark auf Firmen ausgerichtet, denen geholfen werden sollte.

Darüber hinaus waren nicht alle Berufszweige gleichermaßen abgesichert. Die Künstler*innen-Hilfsprogramme, die es gab, haben teilweise bei Techniker*innen nicht so gut gegriffen – da ist also ein echtes Problem entstanden –, und einige sind mittlerweile tatsächlich abgewandert.

Man kann es nicht oft genug betonen: Das NRW-Künstler*innen-Stipendienprogramm, das das Ministerium hier ins Leben gerufen hatte, war vorbildlich, hat sehr gut geholfen und vieles gut abgepuffert. Es hat das Weiterarbeiten ermöglicht und dass Einzelpersonen relativ schnell und unbürokratisch an Hilfe kamen. Das war wirklich Gold wert.

Insgesamt aber tut sich gerade ein ganz schön großer Spagat im Hinblick darauf auf, wer von diesen öffentlichen Hilfen profitieren konnte und wer nicht. Ich zitiere vorab aus der bereits genannten Studie: 18 % geben an, sie mussten bislang komplett ohne öffentliche Förderung durch die Krise kommen. – Unsere Studie ist bundesweit durchgeführt worden. Ich habe zwar noch keine Zahlen über NRW, aber ich gehe nicht davon aus, dass sich die Prozentzahlen unterscheiden.

Ein Drittel davon begründet die Antwort folgendermaßen – und das finde ich wirklich bedenklich –: Ich habe keine Kraft mehr, Anträge zu schreiben. – 20 % sagen: Ich bin nicht antragsberechtigt. – Auch das ist ein Problem, weil nicht alle Rechtskonstrukte, alle Rechtsformen, die es in unserem Bereich gibt, tatsächlich immer Zugang zu den Hilfen bekommen haben. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass knapp 20 % meinen: Ich habe Bedenken, dass die Förderung später zurückgezahlt werden muss.

Da ging natürlich einiges bei den Wirtschaftshilfen usw. durcheinander. Da hatten viele wirklich Angst, dass sie etwas kriegen und es später wieder zurückzahlen müssen. Ich betone dies, um den Aspekt der Kommunikation hervorzuheben, auf den ich gleich auch noch mal kurz zu sprechen kommen werde.

Was ich in wirtschaftlicher Hinsicht außerdem wirklich wichtig finde, ist, dass rund 50 % angegeben haben, dass sie wesentlich an Erspartes gehen mussten oder vor allen Dingen auch Rücklagen für die Rente – Rentenversicherung, Lebensversicherung etc. – anknabbern mussten. Diesen Aspekt finde ich ganz wichtig.

Selbst wenn jetzt noch nicht so viele Insolvenz angemeldet haben, so ist natürlich unter der Oberfläche die Substanz einfach angenagt. Darauf muss man in Zukunft noch mal sehr stark gucken.

Hinzu kommt, dass die psychische Komponente verstärkt wird, von der Frau Rojas Hauser gerade sprach. Ich bewundere wirklich, wie viel Mut die Kollegen und Kolleginnen immer noch haben. Auch bei uns kann ich Ermüdungserscheinungen beobachten, aber es gibt immer noch einen ganz großen Willen, Theater zu machen, Theater zu zeigen. Deswegen hat es mich persönlich wütend gemacht, dass es einzelne Stimmen gab, man solle nicht so großzügig mit den Ausfallhonoraren sein, da sich sonst die Leute einfach denken: Ach, Corona – wir können nicht mehr spielen und nehmen das öffentliche Geld trotzdem.

Was ich in den letzten 24 Monaten erlebt habe, was Leute tun, wie sie sich verbiegen, um ihre Kunst zeigen zu können, um ein eigentlich analoges Medium wie Theater ins Digitale zu verlegen! Gerade für ältere Kolleginnen war das tatsächlich eine Riesenüberwindung, aber sie haben es getan, sie haben es hinbekommen und sie haben sich wirklich verbogen.

Ich glaube, man muss nicht mehr erwähnen, wie schwierig und komplex es war, den ganzen Verordnungen zu folgen – zu verstehen, was man gerade darf und was nicht – und die ganzen Hilfsprogramme abzurechnen. Es waren ja alles Einzelprojektförderungen mit Anträgen und Verwendungsnachweisen. Da ist unglaublich viel Organisationsaufwand betrieben worden; und dies in der Regel von kleinen Ein-, Zwei-, Dreifrau- bzw. -mannbetrieben. Da ist wirklich eine unglaubliche Last, und ich persönlich finde es sehr toll, dass da überhaupt noch Leute stehen und sagen: Wir wollen immer noch Kunst machen.

Das Netzwerken, die Kommunikation und der Zusammenhalt sind genau deshalb so unabdingbar wichtig, weil das, was da passiert ist, uns alle anknabbert. Da kann ich meiner Vorrednerin nur beipflichten.

Einiges ist gut gelaufen. Die Mitgliederzahlen in den Verbänden steigen tatsächlich an. In der Studie berichten auch die Kollegen anderer Bundesländer, dass gemeinhin gesagt wird: Auch die Kommunikation mit Verwaltung und Politik hat sich an vielen Stellen durchaus intensiviert und verbessert.

Allerdings spielt sich das oftmals in der Blase der Kulturpolitik ab. Deswegen freue ich mich sehr über die Einladung heute. Ich finde es nämlich ganz wichtig, Kunst und Kultur als Querschnittsthema zu begreifen und mit Politiker*innen aus anderen Politikfeldern Kontakt zu bekommen. Was ich mir für die – leider – fortbestehende Krise am meisten wünsche, ist, dass diese Kommunikationsstrukturen weiter intensiviert werden und die Absprachen miteinander besser funktionieren.

Was ich zwar bereits geschrieben, zum Schluss aber noch mal unterstreichen möchte, ist, dass die Krise wie ein Brennglas gezeigt hat, wie prekär die Bedingungen der Künstler*innen im Land immer noch sind, obwohl sich hier in NRW in den letzten Jahren einiges getan hat – es ist ja nicht so, als seien keine Verbesserungen passiert. Nichtsdestotrotz reden wir immer noch von einem prekären Bereich. Das Durchschnittseinkommen der KSK-Versicherten liegt, glaube ich, bei kaum 15.000 Euro im Jahr. Es sind keine Riesenverdienste, die da gemacht werden.

Deswegen müsste man eigentlich neben weiterer Krisenunterstützung gucken, wie man – als Konsequenz der Krise – eine insgesamt stabilere Struktur schafft. Das würde nicht nur in Krisenzeiten beim Überleben helfen. Wir müssen insgesamt für eine gute Qualität und Vielfalt darauf achten, dass wir für die Zeit nach der Krise – die allergrößte Angst, die uns alle umtreibt, geht von den Fragen aus: Was passiert nach 2023? Was passiert, wenn die Hilfsangebote enden? Was passiert mit den Kulturhaushalten? – jetzt schon substanzerhaltend arbeiten, denken und kämpfen. Dies ist eigentlich mein Hauptanliegen.

Ganz kurz noch einige Stichpunkte. Es geht um bessere Bezahlung, um die Einhaltung von Mindesthonorarforderungen – glücklicherweise im Kulturgesetzbuch verankert –, um mehr langfristige, überjährige Förderungen, flexiblere Förderformate, mit denen

Künstler*innen jeweils besser auf eine Situation reagieren können. Es geht auch um die eben schon ausgeführte Wichtigkeit von Stipendien – auch über Krisenzeiten hinaus.

Insgesamt glaube ich, dass eine gut ausgestattete und in enger Absprache mit Künstlerinnen und Kulturfachverbänden verabredete Kulturpolitik eigentlich die beste Krisenabsicherung wäre, die diesem Land passieren könnte. Ich freue mich über Ihr Interesse daran, mitwirken zu wollen.

Heike Herold (Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NRW e. V.):

Auch ich freue mich sehr über die Einladung. Ich habe 2019 die Geschäftsführung des Landesarbeitsgemeinschaft Soziokulturelle Zentren e. V. übernommen und zu dem Zeitpunkt die Renaissance der Soziokultur erklärt. Nun mussten wir aber in den letzten zwei Jahren mit ansehen, wie wir mit total angezogenen Handbremsen fahren. Das tut ganz schön weh.

Sie kennen bestimmt die Soziokulturellen Zentren. Einige von Ihnen werden sich sicher auch in einigen auskennen, wie zum Beispiel im zakk oder im KABAWIL in Düsseldorf, in der Lindenbrauerei in Unna, in der Zeche Carl in Essen, in der börse in Wuppertal, in der Alten Feuerwache in Köln, im Bahnhof Langendreer in Bochum, in Stroetmanns Fabrik in Emsdetten, im Klösterchen in Herzogenrath, im Depot, im balou oder im domicil in Dortmund, in der Schuhfabrik in Ahlen, im kitev und im Druckluft in Oberhausen, in der Kraftstation in Remscheid, im cuba in Münster. – Wir sitzen also überall.

Wir machen wichtige Arbeit – bürgernah –, um sozusagen Gemeinnützigkeit mit einem vielgestaltigen Kulturangebot und gesellschaftspolitischen Engagement zu leben und um damit ein bisschen die Welt besser zu machen. Das ist ein Credo, mit dem wir uns immer wieder beschäftigen.

Nicht alle, aber viele Unternehmen, die Soziokulturellen Zentren, bekommen teilweise eine kommunale Förderung, die auch in diesen Zeiten der Krise wahnsinnig geholfen hat – diese kommunale Förderung weiter aufrechterhalten zu können, ist wichtig –, Projektförderung und vor allem erwirtschaften sie in hohem Maße Mittel, die 30 % bis 70 % ausmachen. Diese Mittel werden generiert aus dem Veranstaltungsbetrieb, der Gastronomie, aus den Miet- und Pachteinnahmen sowie den Kursgebühren. All dies wird immer wieder für gemeinwohlorientierte kulturelle Zwecke umgesetzt.

Dabei ist die Soziokultur sehr sparsam, was auch bedeutet, dass in diesem Kultursektor – der freien Szene entsprechend; das ist eben auch schon angeklungen – nicht viel Geld verdient werden kann. Trotz Kurzarbeitergeld ist das in Zeiten der Krise nicht unproblematisch, und insofern waren auch die Mitarbeitenden in der Soziokultur von der Coronapandemie durchaus betroffen.

Am schwierigsten war die Situation natürlich für die ehrenamtlich geführten Häuser. Robert von Zahn hat es eben ein bisschen für die Szene mit starkem Bezug zum Ehrenamt beschrieben – es gibt natürlich sozusagen auch eine Mischkultur. Betroffen sind aber vor allen Dingen die Häuser, die wenige oder gar keine Rücklagen haben

und die auch aus personellen oder Kapazitätsgründen – das hat auch Ulrike Seybold eben beschrieben – gar keine Möglichkeiten hatten, auf Hilfsprogramme zurückzugreifen.

Den Honorarkräften und Minijobbern in den Bereichen „Technik“, „Vermittlung“ und „Veranstaltungshilfen“ – auch das ist eben schon angedeutet worden – musste leider überwiegend gekündigt werden, und an einigen Stellen ist Abwanderung zu beobachten. Mir wurde berichtet, dass die Besseren abwandern und schwer zurückzubekommen sind. Dies wird auf jeden Fall den Kulturbetrieb auch längerfristig betreffen.

Eine Schwierigkeit lag insbesondere darin, dass die Honorarkräfte bei den Sofort- und Hilfsprogrammen nicht berücksichtigt wurden. Dabei stellen die Honorarkräfte und auch die Teilzeitbeschäftigten den größten Anteil der Mitarbeitenden in der Soziokultur dar. Und auch wenn sie vom Kurzarbeitergeld aufgefangen werden konnten, bedeutete dies für sie natürlich dennoch eine sehr, sehr geringe Lohneinnahme. Vollzeitbeschäftigte werden in der Soziokultur ebenfalls selten nach Tarif bezahlt, sodass wir uns vorstellen können, inwieweit ihre Renten später betroffen sein werden.

Dennoch haben sich auch die Menschen in der Soziokultur – so wie in allen anderen Kulturbereichen – mit viel Improvisationstalent dieser Krise gestellt, ihre Stärken mobilisiert und ihre Programme mit sehr viel Kreativität angepasst; insbesondere im Bereich der hybriden Arbeit im digitalen Raum. Es war gar nicht so einfach, in der Soziokultur auch das Digitale unterzubringen, zu entwickeln. Das ist jetzt aber natürlich mit einem wahnsinnigen Schub passiert.

Dennoch war der Weg durch das On und Off zermürend. Die letzte Tagung, die wir im Dezember hatten, hat mir vorgeführt, wie es den Leuten in der Szene geht – Catalina Rojas Hauser hat auch von den psychischen Effekten gesprochen –, und das macht mir an vielen Stellen Sorge. Die Szene hat trotz allem versucht, die Kontakte zum Publikum aufrechtzuerhalten und die Projektbeteiligten und Künstler zu beteiligen. Sie hat ihnen Räume und Technik angeboten, um überhaupt irgendetwas machen zu können, um zu streamen und um in die Wohnzimmer des Publikums zu gelangen; auch um die Einsamkeit und Zurückgezogenheit, die wir in dieser Phase auch erlebt haben, ein wenig zu überwinden.

In dieser Zeit hat das Kurzarbeitergeld geholfen. Die Aufrechterhaltung der Projektförderung aus dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft hat wahnsinnig geholfen: Man konnte sich auf das verlassen, was beantragt worden ist. Fördermittel einzuwerben und zu generieren war eingeübt, und mit diesen Mitteln konnte man weiterarbeiten und sich sozusagen auch auf die Bedingungen der Pandemie einlassen.

Die Wirtschaftlichkeithilfen haben ebenfalls geholfen, aber auch irritiert. Es war ein wahnsinniger Aufwand – Soforthilfe, Novemberhilfe, Überbrückungshilfe 1 bis 4 –, ihnen immer wieder zu folgen. Selbst Steuerberaterinnen und -berater haben abgeraten, sich um diese Mittel zu bewerben, weil die Perspektiven auf die Abrechnungen noch nicht absehbar waren. Es war alles sehr unübersichtlich. Wir wünschen uns für die Zukunft – wir alle haben diese Krise zum ersten Mal erlebt –, genauer zu wissen, was da auf uns zukommt, wenn Mittel beantragt oder Hilfen benötigt werden.

Im Jahr 2020 konnten wir mithilfe der Bezirksregierung in Münster mit Landesmitteln, nämlich mit dem Kulturstärkungsfonds, helfen. Das war eines der sehr, sehr gut wirkenden Programme, weil es die Arbeit der Soziokultur so genommen hat, wie sie ist.

An vielen Stellen – ob Bundesmittel oder Projektförderung – muss man sich immer wieder etwas Neues einfallen lassen: Programmieren, neue Ideen entwickeln, innovativ sein. Das normale Programm aber, das stattfindet, um Mittel zu generieren, um Personal, Technik und Betriebskosten zu finanzieren, ist dasjenige, wodurch sich die Häuser aufrechterhalten; und das ist mit dem Kulturstärkungsfonds gelungen.

Ich würde mir wünschen, dass wir 2020 wieder genau da ansetzen könnten, weil uns die Überbrückungsphase – bis wir die Coronapandemie überwinden – noch lange beschäftigen wird. Wir leben überwiegend von Einnahmen durch das Publikum, das sehr zurückhaltend ist und auf das hört, was gesagt wird, nämlich zurückhaltend zu sein. Dies bricht uns natürlich an manchen Stellen das Genick.

Wir wünschen uns also einen Booster für die Überbrückungsphase.

Die Auswirkungen – die Frage dazu haben wir alle, glaube ich, sehr ernst genommen – in Bezug auf Kinder und Jugendliche würde auch ich als eine schwierige Situation beschreiben. Im Bereich der Soziokultur arbeiten wir sehr stark mit kultureller Bildung. Es war schwer, an die Schulen heranzukommen, weil diese erst einmal den Laden dichtgemacht haben. Das ist zwar total nachvollziehbar, aber macht die Arbeit natürlich nicht leichter. Außerschulische Angebote helfen allerdings über manche Krise hinweg und überwinden außerdem die Einsamkeit, die auch bei Kindern und Jugendlichen zu beobachten ist.

Die technische Infrastruktur für Kinder und Jugendliche muss verbessert werden. Wir haben schließlich gesehen, wie schnell auch Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten abgehängt werden. Da können vielleicht Programme helfen, die die Häuser mit Technik, die sie Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stellen, ausstatten.

Die Chancen, sich im Digitalen, im Hybriden weiterzuentwickeln, habe ich bereits angedeutet, und vielleicht können wir dies im Gespräch näher definieren – wenngleich wir natürlich alle den Wunsch haben, zur Begegnung zurückzukommen, weil das natürlich unsere Arbeit im Wesentlichen ausmacht.

Seit ich in der Soziokultur wieder aktiv bin, ist mir – das ergänzt das, was Ulrike Seybold gerade sagte – die längerfristige Unterstützung, die Strukturförderung ein großes Anliegen. Die Soziokultur erhält etwa 0,9 % vom Kulturhaushalt. Das ist nicht so richtig viel, obwohl soziokulturelle Einrichtungen – ob sie bei uns Mitglied sind oder nicht – in allen Städten zu finden sind. Sie hilft aber natürlich, so eine Krise zu überwinden bzw. in dieser weiter Stärke zu zeigen und auch in die Zukunft zu gucken.

Wir alle im Kulturbetrieb sind davon abhängig, planerisch zu arbeiten, innovativ zu sein und neue Dinge zu entwickeln. Es hilft natürlich umso mehr, wenn es eine Grundstrukturförderung gibt. Ich spreche gar nicht unbedingt von einer institutionellen Förderung. Es wird sicher auch Möglichkeiten geben, Modelle für eine Strukturförderung zu entwickeln.

Etwas, das wir zu überwinden haben, ist die Einsamkeit, die Veränderung in der Gesellschaft. Außerdem müssen wir das Thema „Zusammenhalt in der Gesellschaft“ angehen.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Herold. – Dies waren drei Beiträge weitestgehend zur Kultur. Wir kommen jetzt zum Sport.

Wilhelm Barnhusen (Handballverband Westfalen e. V.): Ich fange bei dem an, was Professor von Zahn in finanzieller Hinsicht gesagt hat. Außer bei Vereinen können wir im Einzelnen nicht von Verlusten sprechen. Wir haben in Westfalen bei den Männern drei Mannschaften, die in der ersten Liga spielen, und drei Mannschaften, die in der zweiten Liga spielen. Diese leben davon; auch die Trainer. Bei den Frauen haben wir zwei Mannschaften in der ersten Liga und keine in der zweiten Liga.

Wir haben auch einige Mannschaften in der dritten Liga, die dort sicherlich auch ganz gut Geld bekommen. Der Großteil unserer Trainer, die dort arbeiten – bei ungefähr 65.000 aktiven Sportlern, die wir in Westfalen haben –, bekommt sicherlich eine Aufwandsentschädigung. Je nach Größe des Vereins und je nach Spielklasse ist das unterschiedlich. Es wird aber überwiegend ehrenamtlich gearbeitet – vor allen Dingen im Jugendbereich.

Das Vereinsleben ist zum Teil absolut zum Erliegen gekommen. Warum? Weil zum Teil Hallen einfach geschlossen worden und dort Impfzentren untergebracht worden sind, obwohl möglicherweise nebenan andere Hallen frei gewesen wären, die nicht mehr genutzt werden. Man hat also nicht an die Folgen gedacht, und dies hat mich erheblich gestört.

Ebenfalls gestört hat mich, dass zum Teil absolut zu wenig differenziert worden ist. Warum müssen in Siegen Hallen geschlossen werden, wenn bei Tönnies in Gütersloh etwas passiert? Oder wenn beispielsweise in Ahlen irgendetwas passiert, warum muss das dann in Bochum genauso gehandhabt werden? Dies sind so Sachen, die mir ganz klar gegen den Strich gegangen sind.

Die Vereine hatten im Jahr 2020 super Hygienekonzepte entworfen, Abstand in den Hallen gehalten und Fieber gemessen und dann wurde plötzlich wieder alles runtergefahren. Es durfte nichts mehr stattfinden, obwohl es letztendlich in den Hallen nicht viel Ansteckung passierte.

Wir müssen auch zwischen dem Leistungsbereich – auch im Jugendbereich – und dem Bereich, der nicht im Leistungsbereich liegt, unterscheiden. Es war plötzlich so, dass im Leistungsbereich trainiert werden konnte. Da sind dann Eltern mit ihren Mädchen von Minden nach Dortmund gefahren, weil in Dortmund der Leistungsbereich war und sie dort trainieren durften, in Minden aber nicht. In Blomberg war auch ein Leistungsbereich. Dort hätten sie eher hinfahren können, aber die Stadt Blomberg hat gesagt: Nur die, die bei uns im Verein sind, dürfen hier trainieren; andere nicht.

Das sind Dinge, die uns ganz schön zu schaffen gemacht haben.

Zu den finanziellen Ausfällen, die Sie zum Teil angesprochen haben: Diese waren bei uns – ich hatte es schon gesagt – nur bei den Vereinen vorhanden, da denen die Einnahmen aus dem Ticketverkauf und aus dem Verkauf von Getränken und Essen – womit sich viele Vereine auch finanzieren – einfach gefehlt haben.

Da müssen die Vereine gucken, wie das weitergeht. Sie haben natürlich auch Mitglieder verloren. Mitgliedsbeiträge können nicht zurückgezahlt oder gekürzt werden – sonst würde die Gemeinnützigkeit verlorengehen.

Das sind also die Probleme, die wir haben.

Weil die Spielsaisons in den Liegen nicht zu Ende geführt werden konnten, haben wir 2020 und 2021 keinen Abstieg durchgeführt und den Aufstieg nach Quotientenregeln gestaltet.

Aufgrund dessen haben sich die oberen Ligen aufgebläht. Jetzt müssen wir sehen, wie wir damit fertig werden. Ein Nachteil ist, dass dadurch in den Kreisen – wir haben elf Handballkreise im Handballverband Westfalen – der Spielbetrieb ausgedünnt wird.

Was hat das insgesamt für Folgen gehabt? Wir haben vor allen Dingen Abmeldungen im Ü35-Bereich zu verzeichnen. Das sind die alten Herren – oder die vierten, fünften, sechsten Mannschaften –, die in die Vereine gekommen sind, um sich zu bewegen. Die haben dann gesagt: Ach nee, im Verein kann ich keinen Sport mehr treiben, also gehe ich ins Fitnessstudio oder triebe privat Sport. – Der Vereinssport ist zum Erliegen gekommen.

Es sind ganz viele – zumindest im unteren Kinderbereich und vor allen Dingen bei den Jungen – zum Fußball abgewandert, weil der Sport draußen eher stattfinden durfte als in den Hallen.

Das sind unsere Probleme, mit denen wir konfrontiert werden.

Die Aufblähung der Ligen hat auch einen eklatanten Schiedsrichtermangel zur Folge. Wir können im Augenblick keinen Nachwuchs bekommen. Da müssen wir einfach ran.

Bei den finanziellen Hilfen, die gegeben werden konnten, sind unsere ehrenamtlichen Kräfte einfach überfordert. Die schaffen es zum Großteil nicht. Neben einer Berufstätigkeit noch ehrenamtlich so tätig zu sein, dass sie alles machen können, funktioniert nicht.

Was mich auch stört, sind diese verklausulierten Schutzverordnungen. Man braucht dabei immer jemanden, der in der Lage ist, so etwas zu lesen und für die Allgemeinheit zu übersetzen. Wir haben glücklicherweise in unserem Präsidium den Ersten Beigeordneten der Stadt Herford, der das für uns immer macht.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Herr Löcher ist vielleicht per Videozuschaltung anwesend, aber wir wissen nicht, ob er uns hört und sieht. Wir sehen und hören ihn nicht. Wir hatten in der letzten Sitzung ein ähnliches technisches Problem. Damals wurden Unterlagen nachgereicht.

Sollte uns Herr Löcher hören, kann er der Veranstaltung natürlich beiwohnen und uns gegebenenfalls ergänzend zu seiner schriftlichen Stellungnahme, die uns vorliegt,

nachträglich noch etwas zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass dies in irgendeiner Art und Weise funktionieren wird.

Wir haben die erste Runde der Sachverständigen gehört. – Herzlichen Dank.

Wir kommen jetzt in eine erste Fragerunde.

Marco Schmitz (CDU): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch vonseiten der CDU-Fraktion ein frohes neues Jahr, und ich hoffe, dass wir ein gesundes Jahr erleben können, wenn wir die Pandemie bekämpfen.

Vielen Dank, sowohl für Ihre sehr ausführlichen Stellungnahme, die uns schriftlich eingegangen sind, als auch für das, was eben hier noch mal von Ihnen mitgeteilt worden ist. Vieles, was ich noch an Fragen hatte, ist schon beantwortet worden. Auf zwei Punkte aber würde ich gerne noch eingehen.

Als Erstes zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – nicht so sehr die freischaffenden Künstler; darauf komme ich gleich noch mal zu sprechen –, die bei Ihnen angestellt sind. Ich hätte gerne Herrn Löcher etwas dazu gefragt, weil er etwas zu dem Problem geschrieben hat – vielleicht hört er das ja –, dass einige Sie verlassen haben. Gerade wenn es um Handwerker oder um 450-Euro-Kräfte geht: Wie gehen Sie damit um? Welche Konzepte haben Sie, diese jetzt zurückzugewinnen?

Viele von denen werden sich jetzt wahrscheinlich schon einen anderen Job besorgt haben. Gerade im Kulturbereich sind es oft Studierende, die da helfen und Sonstiges machen. Wie kommen Sie jetzt an neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn Sie den Betrieb wieder hochfahren? Dies wird sicherlich schwierig sein.

Gibt es dahin gehend Möglichkeiten? Welche Hilfen erwarten Sie vonseiten der Politik oder der Bundesagentur für Arbeit? Was könnten Sie sich da vorstellen?

Als Zweites möchte ich auf die Künstlerinnen und Künstler bzw. auf die freischaffenden Künstler zu sprechen kommen. Ich lobe jetzt mal die Landesregierung dafür, dass Schwarz-Gelb sehr viel Geld in diese Künstlerstipendien gesteckt hat – jetzt kriege ich gleich wieder Ärger von der Kollegin Lück und vom Vorsitzenden Schmelzer, der sich politisch nicht äußern darf, weil er Vorsitzender ist –, und dies ist auch von Ihrer Seite gelobt worden. Es war das Ansinnen der Landesregierung, der NRW-Koalition, die Sache so nach vorne zu bringen, um zu unterstützen.

Hätten Sie trotz alledem noch Vorschläge dafür – nachdem nun das Programm gelaufen ist und man sieht, was damit passiert ist, wie die Künstlerinnen und Künstler, die freischaffenden Künste damit umgegangen sind –, was man dabei hätte besser machen können – etwa dass da ein Tick mehr noch besser gewesen wäre? Wir sind nämlich an einem permanenten Verbesserungsprozess interessiert, auch wenn wir schon sehr gut arbeiten.

Vorsitzender Rainer Schmelzer: Ich mag Herrn Schmitz immer wieder. – Bevor Frau Lück das Wort gleich bekommt, möchte ich zum Hinweis zu den Hilfen noch ergänzend etwas wissen – ich darf ja auch fragen. Mich würde insbesondere von Frau Seybold interessieren – ich glaube, Sie hatten es angesprochen –, wie Sie es genau definieren,

wenn Sie davon sprechen, dass die Hilfen teilweise an den Bedarfen vorbeigegangen sind. Dies würde vielleicht noch zu dem Wortbeitrag von Herrn Schmitz passen.

Angela Lück (SPD): Auch vonseiten der SPD-Fraktion ein frohes neues Jahr Ihnen allen, und wir hoffen mal, dass es auf allen Seiten, die wir uns so vorstellen können, besser wird.

Ein herzliches Dankeschön an Sie, unsere Experten, für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute hier sind, um mit uns eingehend in die Thematik einzusteigen.

Ich würde zunächst Herrn Barnhusen eine Frage stellen im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten im Bereich „Sport“. Auch Sie haben deutlich gemacht, dass es für die Vereine problematisch ist, finanziell mit der Pandemie klarzukommen, weil zum großen Teil die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge zurückgegangen sind. Welche Unterstützung wird gebraucht, damit die Vereine eine gute finanzielle Situation – so wie sie vor der Pandemie war – erreichen?

Außerdem habe ich zu Ihren Ausführungen Fragen. Wie sehen Sie die Möglichkeiten, gerade Jugendliche aber auch Seniorinnen – wenngleich man die Menschen Ü35 nicht dazurechnen darf –, Menschen im etwas höheren Alter, wieder besser an den Sport zu binden und sie auch wieder für Vereine zu gewinnen?

Was müsste Ihrer Meinung nach gemacht werden, damit die Spielorte auch in so einer Pandemie vielleicht noch besser genutzt werden können? Sie haben eben die Beispiele gebracht, dass mit den Leistungssportarten unterschiedlich umgegangen worden ist. Sie haben auch in Ihrer Stellungnahme die regionalen Unterschiede noch mal deutlich gemacht. Wo sehen Sie – um auch regional auf die Sache einzugehen – da Verbesserungsbedarf?

Dann habe ich noch Fragen an die Vertreterinnen und Vertreter der Kunst und Kultur. Sie haben natürlich recht: Sie haben viel Unterstützung bekommen. – Da kann man die Landesregierung nur loben, obwohl man vielleicht erwarten darf, dass sich eine Landesregierung auch für Kunst und Kultur einsetzt.

Sie alle haben aber auch deutlich gemacht, wie schwierig das Antragsverfahren war. In Ihren Stellungnahmen ist deutlich zu lesen, wie schwierig die Kommunikation war und dass Sie sich anfänglich gar nicht gehört gefühlt haben. Da würde mich interessieren: Wo gibt es da Verbesserungsbedarf? Was sollte anders laufen? Wie würden Sie es sich vorstellen, in einem Expertenrat der Landesregierung Gehör zu finden, dort auch Ansprechpartnerin zu sein für einen sehr großen Personenkreis mit jeweils sehr unterschiedlichem finanziellen Background – von staatlich geförderten bis hin zu ehrenamtlichen Kulturorganisationen?

Da Sie alle erzählt haben, wie schwierig es ist, Großveranstaltungen zu planen und durchzuführen – natürlich sind da auch vielleicht Ängste und Vorbehalte bei den Besucherinnen und Besuchern –, würde es mich auch interessieren: Können Sie sich vorstellen, wie Sie das Vertrauen der Besucherinnen und Besucher wieder zurückgewinnen? Wo brauchen Sie da staatliche Unterstützung?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich darf mich zunächst einmal für die Ausführungen bedanken; auch für die zugegangenen beantworteten Fragen. Ich habe allerdings noch einige Rückfragen; die ersten beiden an den Kulturrat NRW e. V.

Zu meiner ersten Frage. Sie hatten zu Anfang bereits etwas zu den Erfahrungen mit den Hilfen für Soloselbstständige ausgeführt. Was können Sie darüber berichten, wie das funktioniert hat? Welche weiteren möglichen Maßnahmen – auch das wurde von Herrn Professor von Zahn schon andiskutiert – könnten Sie sich darüber hinaus vorstellen? Was wäre aus Ihrer Sicht vielleicht zu verbessern, um besser durch die jetzt folgenden Monate zu kommen?

Meine nächste Frage an Frau Seybold schließt an das an, was Herr Schmitz schon formuliert hat. Können Sie quantifizieren, wie viele Personen sich mittlerweile im Zuge dieser Krise, ihrer prekären Situation eine andere Beschäftigung gesucht haben? Inwieweit können Sie abschätzen, ob es einen Trend gibt, dass diese Menschen Beschäftigungen im Bereich der Kunst wieder aufnehmen – vielleicht in Form sinnstiftender Tätigkeiten?

Zwei Fragen habe ich an Herrn Barnhusen. Ich selbst leite eine Herzsportgruppe. Dort sind alle Menschen geimpft, geboostert, und trotzdem muss man sich an viele Hygienemaßnahmen halten. Viele der Mitglieder in unserem Sportverein tragen dies nicht mit und kommen schlichtweg nicht mehr, sodass wir nun den Betrieb einstellen mussten. Was sind da Ihre Erfahrungen? Können Sie eine Tendenz dazu formulieren, wie viele Mitglieder schlichtweg einfach nicht mehr kommen, obwohl vielleicht die Möglichkeit gegeben wäre, wieder Sport zu treiben?

Gerade mit Blick auf den Breitensport gilt, dass Gesundheitsschutz aus mehr als aus dem Nichtvorhandensein von Corona besteht. Inwieweit haben Sie da eine Möglichkeit, zu überblicken, wie sich insgesamt der Fitnesszustand der Mitglieder in den Sportvereinen vielleicht geändert hat?

Jörn Freynick (FDP): Es sind einerseits schon eine ganze Menge Fragen gestellt und mir vorweggenommen worden, und andererseits ist leider Herr Löcher immer noch nicht zugeschaltet, wenn ich das richtig sehe.

Daher bleibt bei mir erst einmal nur eine Frage an die Vertreter des Kulturrates NRW e. V. übrig – vielleicht an Sie, Frau Rojas Hauser. Sie haben in Ihrer Stellungnahme das Stipendienprogramm erwähnt und weisen darauf und insgesamt auf die Hilfsmaßnahmen der Landesregierung hin. Vielleicht könnten Sie mit Blick auf das Stipendienprogramm erläutern, inwieweit das hilfreich gewesen ist und inwieweit andere Bundesländer ähnliche Hilfsmaßnahmen im Rahmen eines Stipendienprogramms auf den Weg gebracht haben. Das würde mich interessieren.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Auch von der Grünenfraktion herzlichen Dank für die sehr ausführlichen Stellungnahmen. Angesichts des Fragenkataloges bleiben meinerseits noch zwei Fragen übrig.

Erstens. Das Thema „Kommunikation“ ist von vielen noch mal angesprochen worden; ebenso, dass die Kommunikation im Kontakt mit den verschiedenen Institutionen der Landesregierung – so habe ich es zumindest gelesen – jeweils sehr unterschiedlich ist.

Weil unterschiedliche Regelungen und Hygienekonzepte angesprochen worden sind und auch gesagt wurde, dass sich dadurch angeblich niemand irgendwo ansteckt: Irgendwo müssen sich die Leute anstecken. Ich wäre mit so einer These vorsichtig.

Mich würde natürlich beim Thema „Kommunikation“ interessieren, ob mit Ihnen gesprochen worden ist – auch im Vorfeld der verschiedenen Verordnungen, die immer wieder gemacht werden –, oder welche Art von Kommunikation Sie sich insbesondere auch im Hinblick auf die Bedürfnisse Ihres Verbandes möglicherweise wünschen.

Zweitens. Es gab von verschiedenen Instituten durchaus ausführliche Untersuchungen, was die Beispielbarkeit von Kultureinrichtungen betrifft. Darauf ist auch in verschiedenen Stellungnahmen hingewiesen worden. Ich habe manchmal den Eindruck, dass auf diese Studien nicht – zumindest in für mich nicht immer nachvollziehbarer Weise – zurückgegriffen wird.

Wie würden Sie die Politik der Landesregierung in Bezug auf den möglichen Zugriff auf wissenschaftliche Daten und bezüglich der Regelungen in den Coronaschutzverordnungen bewerten?

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank. – Dies war die erste Fragerunde.

Ich greife noch mal das Thema „Kommunikation“ auf – Herr Mostofizadeh hat es gerade auch angesprochen –, weil es schon mehrfach aufgekommen ist. Wir hatten hier – für Sie als Hinweis – bereits im August ein Gespräch mit sachverständigen Gästen speziell zum Kommunikationsverhalten im Rahmen der Pandemie. Was Sie angesprochen und geschrieben haben, sehe ich mehr oder weniger als Bestätigung dafür, dass insbesondere bei der Kommunikation ein gewisser Nachholbedarf besteht und dass es darüber nachzudenken gilt, einiges zu verändern. – Sie können jetzt gerne noch mal darauf eingehen.

Catalina Rojas Hauser (Kulturrat NRW e. V.): Zu der Frage, was wir an Erfahrungen mit Hilfen für Soloselbstständige haben. Herr von Zahn wird gleich im Detail noch etwas dazu ergänzen. Ad hoc fällt mir dazu ein, dass dezidiert Künstlerinnen und Künstler, die zum Beispiel auch aus Sicht der KSK diese Definition erfüllen, durch das Stipendienprogramm gute Hilfen – natürlich immer im Rahmen – erfahren haben. Es gibt aber auch einige Menschen, die zwar ebenfalls im Kulturbereich tätig, aber dennoch durch das Raster gefallen sind, und zwar diejenigen, die nicht den Reglementierungen der KSK entsprechen.

Ich komme zur Frage über die ähnlichen Maßnahmen bzw. Stipendienprogramme – das war Ihre Frage, Herr Freynick – in anderen Bundesländern. Ganz zu Beginn der Pandemie hatte Hessen relativ schnell ein Stipendienprogramm aufgelegt, bei dem die Beantragung – wenn ich das richtig erinnere – nicht ganz so einfach war, wie es hier der Fall gewesen ist, und bei dem ein kürzerer Zeitraum vorgesehen war. Auch Baden-

Württemberg hatte dezidiert monatliche Hilfen für Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung gestellt, und auch in Berlin gab es ein Programm direkt zu Beginn der Krise.

Es gab also einige Hilfen in anderen Bundesländern. Weitere sind mir gerade nicht bekannt. Das kann ich aber gerne recherchieren und nachreichen.

Prof. Dr. Robert von Zahn (Kulturrat NRW e. V.): Ungefähr die Hälfte der Bundesländer hat nach und nach Stipendienprogramme entwickelt, und wie Catalina Rojas Hauser schon sagte, war Hessen das erste. Dieses Programm war auch gewissermaßen das Vorbild für das nordrhein-westfälische. Die Antragsverfahren sind ganz ähnlich. Wenn man sich die beiden Programme nebeneinanderlegt, dann merkt man, dass die hiesigen Autoren ein Vorbild gehabt haben.

Zu Ihrer Frage zu den Arbeitnehmern, Herr Schmitz, wird – glaube ich – vor allem Heike Herold etwas sagen, weil das Phänomen „Kurzarbeitergeld“ im Bereich der soziokulturellen Zentren besonders häufig war. Von meiner Seite ist zu sagen: Im Bereich der Festivals gibt es immer noch sehr viele Arbeitnehmer, die keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträge haben, sondern durch Werkverträge oder sonst irgendwie bezahlt werden.

Da war sehr schnell das Phänomen zu beobachten, dass diese Arbeitnehmer nicht mehr zur Verfügung standen, sondern sich bereits während des ersten Lockdowns in Niedriglohnbeschäftigungen in anderen Branchen geflüchtet haben. Als dann die Lockerungen kamen, standen sie nicht mehr zur Verfügung.

In Nordrhein-Westfalen gibt es – auch jetzt noch – sehr renommierte Festivals, die fast gescheitert sind, wieder an den Start zu gehen, weil gerade die Kräfte für die Bereiche „Bühnentechnik“, „Lichttechnik“, „Einlasskräfte“ usw. nicht mehr zu finden waren, da sie alle in DHL-Autos unterwegs waren und Päckchen austrugen. Zum Beispiel ist das Jazz-Festival in Moers 2021 fast an diesem Problem gescheitert. Es ist gerade so um die Klippe herumgekommen.

Im Bereich der Musikclubs ist dieses Problem sehr groß. Als wir die LINA, die Vereinigung der nordrhein-westfälischen Musikclubs, fragten, welche Art von Coronahilfe am ehesten benötigt wird, kam der einhellige Wunsch als Antwort: Wir müssen irgendwie die gerade wieder zurückgewonnenen eingearbeiteten Kräfte im Bereich „Technik“, die alle keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträge haben, irgendwie halten und brauchen Unterstützungsgelder für sie, weil bei uns im Moment kein Geld reinkommt.

Herr Schmelzer, Sie fragten nach möglichen Verbesserungen des Stipendienprogramms. Ich sehe keine. Ich fand das nordrhein-westfälische Landesstipendienprogramm klasse – unbürokratisch und effektiv. Es hat wirklich 14.500 Künstlerinnen und Künstlern dabei geholfen, im Leben und vor allen Dingen in der Arbeit zu bleiben.

Wir ziehen jederzeit den Hut vor der Landesregierung, was dieses Programm angeht. Wir hätten es jetzt gerne für die nächsten Monate wieder, weil die hart werden.

Sie fragen: Wie soll es dann weitergehen? – Unsere Vorstellung – damit darf ich auch für Ulrike Seybold sprechen, die es vielleicht noch selber ausführen wird – ist: Aktivierungsprogramme, die so ausgerichtet sind, dass man die bisher gewohnten Billigkeits-

leistungen im Zuge der Coronahilfe so investiert, dass die Künstlerinnen und Künstler sie nur dann bekommen, wenn sie irgendwie Impulse, Multiplikationseffekte verursachen, indem sie selbst Veranstaltungen ins Leben rufen – selbst digitale Produktionen; irgendwelche Dinge dieser Art –, damit das Kulturleben überhaupt wieder richtig in den Gang kommt. – Dies wäre für uns die wichtigste Verbesserung.

Zu der Frage von Frau Lück: Wie schwierig war das Antragsverfahren? – Beim Stipendienprogramm überhaupt nicht, muss man sagen. Das war ein einfaches, effektiv gestricktes Programm, das man jederzeit so wieder machen kann. Für den großen Teil der Billigkeitshilfen gilt dies genauso. Da ist mit pauschalen Förderbeträgen gearbeitet worden, und man kann sagen: Nur wenige sind durch diese Programme überfordert worden.

Die große Enttäuschung – das darf ich, glaube ich, für alle hier sagen – war die NRW-Soforthilfe 2020, die am 20. März 2020 wunderbar mit der Pauschalzahlung von 9.000 Euro, 15.000 Euro bzw. 25.000 Euro und einem schlichten Antragsverfahren startete, und bei der eine übersichtliche Latte von Betriebsausgaben anerkannt worden sind. Ab dem 1. April wurde dies auf Druck des Bundes, des Bundeswirtschaftsministeriums, so verändert, dass unsere Klientel von diesem Programm praktisch nichts mehr gehabt hat. Wir stehen jetzt praktisch nur vor Sorgenfällen, weil die Leute nicht wissen, wie sie diese 9.000 Euro zurückzahlen sollen.

Wer sich hinterher die Fortsetzungen in der Überbrückungshilfe II und III angesehen hat, weiß, dass es Formularmonster geworden sind, die von einzelnen Soloselbstständigen kaum noch in Anspruch genommen worden sind. Die Abrechnung überfordert jetzt nicht nur die Antragsteller selbst, sondern auch die Steuerberater und teilweise sogar die involvierten Finanzämter. Das ist eine völlige Fehlentwicklung, die man nur schärfsten kritisieren kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein weiteres Programm erwähnen – ein Bundesprogramm –, das für uns sehr wichtig ist: Es ist der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen, den Herr Scholz ins Leben gerufen, Frau Grütters an sich gezogen hatte und der von der BKM bewirtschaftet wird.

Für uns ist das ein ungemein wichtiges Instrument, um Veranstaltungen wieder anzukurbeln, die Risiken abzufedern, Veranstaltern den Mut zu geben, überhaupt wieder Veranstaltungen zu wagen. Es wird in unseren Klientelen unterschiedlich beurteilt. Für den Bereich der Musik darf ich sagen: Es wird gut angenommen. Viele sind dabei, viele haben auch ihre Ausfälle dort ersetzt bekommen. Der Aufwand, sich dort einzutragen, ist übersichtlich. Das schafft man.

Es gibt aber andere Kultursparten – da bitte ich Heike Herold gleich um Ergänzung –, bei denen es viel schlechter angekommen ist, weil einfach die Bedürfnisse von Sparte zu Sparte unterschiedlich sind.

Zur Ihrer Frage, Frau Lück, wie man das Vertrauen in die Großveranstaltung zurückgewinnt. Der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen war ein wunderbares Mittel. Wir haben es gerade in den letzten Wochen etwas selbstverständlich hingegenommen, dass Veranstalter von großen riskanten Events wieder an den Start gegangen sind. Die hätten das nicht getan, wenn dieser Sonderfonds nicht gewesen wäre.

Wir müssen weiterhin darauf setzen, dass dieser Sonderfonds funktioniert. Sie wissen vielleicht, dass er aus zwei Modulen besteht. Für uns ist die Wirtschaftlichkeitshilfe – bis 100.000 Euro – das wichtigere Modul. Sie läuft Ende März aus. Man hört bereits aus dem Lenkungskreis, dass sie wohl verlängert werden soll, aber noch gibt es das nicht schriftlich. Wir brauchen jedoch die Verlängerung beider Module unbedingt bis mindestens Ende 2022. Dies ist absolut erforderlich.

Der Rest kommt hoffentlich von alleine: Wenn erst mal 50 % Leute drin sind, dann sind es auch 60 % und dann 70 % und mehr.

Zu der Frage, welche Maßnahmen die Situation in den nächsten Monaten verbessern. Darüber könnte ich sehr lange reden. Ich schlage vor, wir schicken Ihnen einen entsprechenden schriftlichen Plan zu, den der Kulturrat ausgearbeitet hat. Ich nenne jetzt lediglich die Stichworte.

Wir brauchen Aktivierungsprogramme, die die Szenen in Bewegung setzen, die Produktionen und Veranstaltungen ankurbeln. Sowas haben wir bereits vorgeschlagen. Wir hoffen, dass es umgesetzt wird.

Wir brauchen unheimlich viele Aktivitäten im Bildungsbereich, und zwar brauchen wir eine starke Verzahnung der schulischen Bildung mit der außerschulischen Bildung – eine viel stärkere als bisher. Sie haben vielleicht mitbekommen, dass, als die Maßnahme im Bildungsbereich losging, die Schulen als erstes die außerschulischen Partner rausgeschmissen haben, was zu wirklich gravierenden Defiziten im Bereich der kulturellen Bildung geführt hat. Da müssen wir wieder zurückgehen. Die außerschulischen Partner müssen wieder in die Schulen rein und arbeiten können. Nur in den Schulen erwischen sie die Kinder und Jugendlichen querschnitthaft. Und dazu gibt es entsprechende Maßnahmenvorschläge.

Wir müssen stärker auf kulturelle Begegnungsorte in den städtischen Räumen setzen. Auch dazu haben wir Maßnahmen vorgeschlagen. Noch viel größer sehen wir das Defizit im Bereich des ländlichen Raumes. Dort brauchen wir dringend Maßnahmen im Hinblick auf die Erreichbarkeit von Kulturveranstaltungen und Kulturorten. Wir brauchen Konzepte für eine veränderten Zielgruppenansprache, die die Bevölkerung vor Ort wirklich so in den Blick nimmt, dass sie von den kulturellen Anbietern erreicht wird. Auch dazu gibt es konkrete Vorschläge.

Herr Mostofizadeh fragte, ob mit uns vor den Verordnungen gesprochen wurde. Die Autoren der Coronahilfsprogramme haben dies getan. Das dürfen wir lobend erwähnen. Wir sind mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW in einem guten Austausch. Das ist ein vernünftiges Dialogverhältnis. Für Herrn Laumann gilt das nicht ganz so.

Es gibt für uns theoretisch die Möglichkeit, über das Kulturministerium auch auf das Verfassen von Coronaschutzverordnungen Einfluss zu nehmen. Es gibt eine interministerielle Staatssekretärsrunde, die vor jeder Verordnung berät. Da kann man etwas einbringen, aber wir kommen nicht durch. Ich kann mich nur an sehr wenige Fälle erinnern, in denen ein Vorschlag von uns wirklich hinterher in eine Coronaschutzverordnung Eingang gefunden hat.

Auf die Frage, ob Studien ausgewertet werden, gibt es natürlich das typische Teils-Teils als Antwort. Selbstverständlich sind die vielen Hygiene- und Abstandskonzepte, die erarbeitet worden sind, unserer Erkenntnis nach sowohl vom Gesundheitsministerium wie auch vom Kulturministerium wahrgenommen worden. Da nimmt sich aber jeder das heraus, was er brauchen kann.

Die frühen Konzepte der Charité sind sehr stark beachtet worden. Dies merkt man auch den Laumannverordnungen an. Für das Durchführen von Kulturveranstaltungen wären unserer Meinung nach gerade die Konzepte, die vom medizinischen Institut aus Freiburg kamen und die andere Abstände vorgeschlagen haben, ein bisschen günstiger gewesen.

In der Vielfalt der Konzepte aber, die auf dem Markt sind, sucht sich vermutlich jeder das heraus, was ihm irgendwie am besten passt, und man kann nicht erwarten, dass genau das gelesen wird, was man selbst am besten findet.

Dass die Hygienekonzepte beachtet worden sind, kann man, glaube ich, schon sagen. Nur bei der Abwägung gab es dann unterschiedliche Schwerpunkte.

Ulrike Seybold (NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste e. V.): Ich fange mit den Wirtschaftshilfen und dem an, was dort nicht passgenau war. Die erste NRW-Soforthilfe – Darf man Lebenshaltungskosten anbringen oder darf man es nicht? – war so etwas wie ein Ursprungs-Super-GAU, den wir auch mit ganz viel Kommunikation bei den Künstlern und Künstlerinnen kaum wieder wettmachen konnten; zumal auch die Folgeprogramme – das muss ich auch unterschreiben – unglaublich kompliziert und nicht passgenau waren.

Fernab von den bürokratischen Verfahren waren sie zum einen deshalb für unseren Bereich nicht passgenau, weil viele Unternehmen keine Betriebskosten haben. Vielmehr geht es bei denen primär um Lebenshaltungskosten – Wie zahle ich meine Miete? Wie zahle ich meine Nudeln? Wie kriege ich irgendwie meine Kinder durch? – und nicht um Materialverwaltung, Räumlichkeiten etc.

Zum anderen sind sie – ich habe vorhin auch schon versucht, das auszuführen – teilweise auch deshalb nicht passgenau, weil sie nicht auf die hybriden kleinen Arbeitsformen ausgerichtet sind; also auf jemanden, der beispielsweise im Rahmen einer GbR Einzelkünstlerauftritte macht, aber vielleicht theaterpädagogisch arbeitet und im Rahmen einer anderen GbR manchmal irgendwelche anderen künstlerischen Tätigkeiten ausübt.

Es gibt ganz viele, die in verschiedensten künstlerischen GbRs organisiert sind, und das einzige Programm, das meiner Kenntnis nach sozusagen die Summe dieser Selbständigkeiten subsumiert, ist der „Antrag auf Neustarthilfe“. Er lässt es zu, dass alle eigenen selbstständigen Einkünfte betrachtet werden. Bei allen anderen Hilfen musste ich mich entscheiden, für welche meiner drei GbRs ich eigentlich einen Antrag stelle, und das bringt dann nicht so wahnsinnig viel, wenn es nur um 20 % oder 30 % meines Einkommens geht.

Ein weiteres Problem bestand darin, dass man mindestens 51 % des Jahreseinkommens im Jahr 2019 über die selbstständige Tätigkeit erzielt haben musste, um überhaupt

einen Zugang zu den Wirtschaftshilfen zu bekommen. Genau das war nicht bei allen der Fall, und das sind diejenigen, die auf gut Deutsch gesagt am meisten gekniffen waren. Darunter kenne ich ein paar wirklich tragische Fälle von Menschen, die ihr Jahreseinkommen nur zu 48 % mit künstlerischer Selbstständigkeit verdienen. Wenn 48 % des Jahreseinkommens weg sind: Kommen Sie mal mit den restlichen 52 % klar, wenn auch diese eher durch niedrig bezahlte Jobs zusammenkommen.

Dies ist der Grund, warum ich eine so große Freundin von auf Künstler*innen zugeschnittenen Programmen bin. Ich möchte es auch noch mal unterstreichen: Beim NRW-Künstler*innen-Stipendium habe ich sowohl vom Gedanken her als auch hinsichtlich der Umsetzung wirklich nichts zu mäkeln. Was die Bezirksregierung da zum Teil geleistet hat! Die Bewilligungen kamen wahnsinnig schnell. Man könnte vielleicht schauen, wie man die entsprechenden Verwaltungsstellen ein bisschen mehr entlastet.

Wenn die Krise – leider – noch anhalten sollte, würde ich mir genau dieses einfache und bewährte Instrument noch mal wünschen mit dem inhaltlichen Ansatz: Du kriegst das Geld nicht als reine Hilfe, sondern als Geld, um zu arbeiten, aber flexibel in den Möglichkeiten, die gerade gegeben sind.

Ich kann die Abwanderung leider noch nicht quantifizieren. Da müssen wir vielleicht auf die besagte Studie warten. Meines Wissens sind es glücklicherweise nur wenige, die tatsächlich abgewandert sind. Da wiederum stellen diese kleinen Strukturen einen Vorteil dar: Eine kleine GbR ohne große Betriebskosten kann ich auch mal schnell auf Eis legen. Und natürlich haben viele Kollegen und Kolleginnen versucht, durch Kursangebote, Onlinekurse umzuschwenken, und vielleicht weniger mit dem reinen, primären künstlerischen Bereich verdient.

Zu der Frage, ob gerade im künstlerischen Bereich Menschen tatsächlich das Handtuch geschmissen haben. Wir haben keine Austritte im Verband zu verzeichnen, sondern eher Eintritte. Ich persönlich weiß von ein paar Techniker*innen, die in anderen Wirtschaftsbereichen sicherere Jobs bekommen haben. Ich kann es aber leider nicht insgesamt quantifizieren.

Das Thema „Kurzarbeit“ ist für unseren Bereich nur begrenzt relevant, weil das Gros absolut als Selbstständige arbeitet. Ich kenne aber auch Kollegen und Kolleginnen, die gerade 450-Euro-Kräfte oder auch andere Beschäftigte verloren haben. Da gab es das Problem, dass es den institutionell landesgeförderten Einrichtungen nicht erlaubt war, aufzustocken, obwohl sie dadurch im Verhältnis zu dem ursprünglichen Wirtschaftsplan sogar gespart hätten.

In einem ganz konkreten Fall verdiente eine Angestellte in Teilzeit etwa 1.400 Euro im Monat brutto. Sie können sich ausrechnen, was dabei in Kurzarbeit netto herauskommt. Sie konnte kaum davon leben. Die Institution hätte gerne aufgestockt, durfte es aber nicht. Solche Dinge sind mir nicht ganz verständlich. Es hätte nämlich das Land kein Geld gekostet, sondern es wäre sogar Geld gespart worden, weil eigentlich 100 % dieses Gehaltes eingestellt waren.

Ich verstehe auch bis heute nicht, warum eine institutionell landesgeförderte Einrichtung keine Ausfallhonorare an Künstler und Künstlerinnen zahlen darf. In dieser Hinsicht

hat sich meiner Kenntnis nach der Erlass des Finanzministeriums – er ist neu gefasst worden; ich kenne die Neufassung nicht genau – nicht geändert.

Eine Kollegin, die für ein internationales Festival arbeitet, sagt: Die Leute machen im Moment keine Verträge mit uns, wenn ich denen keine Ausfallklauseln garantieren kann. – Wenn man sich aber institutionell in einer Fehlbedarfsfinanzierung befindet, darf man auch nicht mit anderen Geldern Ausfallhonorare zahlen.

Da sehe ich einen ganz, ganz massiven konkreten Verbesserungsbedarf. Ich verstehe die Logik dabei nicht; immerhin ist es demjenigen am Ende der Kette egal, ob der Auftraggeber institutionell oder projektgefördert ist. Das wäre also ein ganz konkreter Punkt.

Jetzt habe ich mich zwar ein bisschen verloren, aber es war mir trotzdem wichtig, das noch mal auszuführen.

Ich sollte etwas zur Deutschen Theatertechnischen Gesellschaft sagen. Da hat sich – zumindest für den Bereich der Theater und Konzerthäuser – das Ministerium für Wissenschaft und Kultur meiner Wahrnehmung nach sehr informiert.

Es gab ja dieses Berliner Luftanlagen-Ampelsystem, über das dann hier in Kooperation mit der Deutschen Theatertechnischen Gesellschaft die Zertifizierung und die Untersuchung der Lüftungsbedingungen, der Luftvolumenströme etc. in den Häusern eingeführt wurde. Und zumindest die großen Häuser wurden auch im Rahmen eines Modellprojekts, einer Modellstudie, die das Ministerium finanziert hat, alle zertifiziert.

Als Vertreterin der kleinen Freien kritisiere ich daran, dass man in diesem Modell die Freien erst mal nicht mitgedacht hat. Die können sich nun aber nachzertifizieren lassen. Die Zertifizierung kostet für kleinere Einrichtungen zwischen 2.000 und 5.000 Euro. Wir sind im Gespräch darüber, ob Einrichtungen, die sich das nicht leisten können, es in irgendeiner Form bezahlt bekommen. Das ist sicherlich eine wichtige Angelegenheit.

Ebenfalls ein wichtiges Thema ist die „Vertrauensbildung beim Publikum“. Es ist für die Einrichtungen sinnvoll, zu kommunizieren, dass deren Hygienevorlagen richtig sind und sie gute Lüftungsanlagen haben.

Für das DTHG-Programm kann man sich online anmelden. Dann werden alle Räume, die öffentlich zugänglich sind, durchgeprüft und analysiert. Wenn alles in Ordnung ist, kriegt man quasi einen Stempel, mit dem man Werbung machen kann. Wenn nicht alles in Ordnung ist, dann hat man ein Problem, und das ist ein Desiderat für die Landesregierung. Anstatt den kleineren Einrichtungen, die bei dieser Prüfung vielleicht durchfallen, zu sagen: „Ihr habt jetzt halt Pech gehabt“, könnte man einfach mit einer entsprechenden Investitionshilfe für die Aufrüstung der Lüftungsanlagen sorgen.

Auch dafür gab es Programme, zum Beispiel ein groß angelegtes BMA-Programm. Aber das war wiederum nur für Träger in institutioneller Förderung – kommunal oder landesgetragen – und somit nicht für alle zugänglich.

Lange Rede kurzer Sinn: Wenn jemand einen Negativstempel von der DTHG bekommt, müssen wir dann gucken, wie wir eine Umrüstung finanzieren.

Nun komme ich zu dem Thema „Kommunikation und Expertenrat der Landesregierung“. Wir wären sehr gerne Teil eines Expertenrats – das Wort hat mir unglaublich gut gefallen – der Landesregierung. Ich kann Robert von Zahn nur beipflichten: Der Kontakt zum Kulturministerium ist gut, aber darüber hinauszukommen und mit der Landesregierung in Kontakt zu sein, ist teilweise schwierig.

Es ist aber unabdingbar wichtig. Nicht, weil wir so super wichtig sind, dass wir überall dabeisitzen müssen, sondern einfach um Kommunikationschaos zu vermeiden und um die Querschnittsaufgabe hervorzuheben.

Ich hatte manchmal – ein bisschen zugespitzt gesagt – das Gefühl, dass das eine Ministerium erst aus der Presse erfahren hat, was gerade wieder in der Coronaschutzverordnung steht. Das sollte so natürlich nicht sein. Es wäre sehr wünschenswert, die Dinge mit den Menschen zu besprechen, die an der Basis arbeiten und wirklich wissen, wo die Probleme sind.

Heike Herold (Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NRW e. V.):

Ich ergänze gerne. Das waren schon wichtige und triftige Ausführungen. Ich kann noch mal an Ulrike Seybold anknüpfen. Es ist während der Coronapandemie auf jeden Fall mehr Verständnis für den Kulturbetrieb entwickelt worden – auch für das Funktionieren des Kulturbetriebes. Es wurde erkannt, dass hinter der Bühne auch ganz viel stattfindet. Der Teil des Eisbergs, der im Wasser ist, ist größer als der Teil, der sichtbar ist.

Ich komme auf die Honorarkräfte und die Situation zu sprechen, dass viele entlassen werden mussten: Dazu hätte es eigentlich gar nicht kommen dürfen.

Die Anerkennung dieser Kräfte, die zu einem Normalbetrieb gehören, muss eigentlich Teil des Systems sein; entweder dadurch, dass man diese Menschen sozialpflichtig beschäftigt oder dass sie Teil von institutioneller Förderung, Projektförderung usw. sind oder dass sie sogar richtig angestellt sind wie in einem institutionell geführten Haus oder wie in einem Theater, einem Orchester, einem Museum oder dergleichen – dass die Techniker also einfach per se im Personaltableau sind. Das ist in der freien Szene leider nicht so.

Es hat natürlich teilweise Vorteile, flexibel agieren zu können. Man kann auf Spitzen reagieren. Aber das macht auch einen Teil des Problems aus.

Ich kann Ihnen aus meiner ersten Zeit in soziokulturellen Zentren sagen: Unsere Techniker*innen waren Zivildienstleistende. Sie können sich vorstellen, dass ich immer kurz vor einem Herzinfarkt stand, wenn es um eine wichtige Aufführung ging, und ich Sorge hatte, ob das dann alles so funktioniert. Das kann eigentlich so nicht sein.

Wie können wir diese Leute dennoch halten? Hierbei kann es um Ausbildungsplätze gehen. Vor allen Dingen geht es aber um mehr Geld. Wir müssen sie einfach anständig bezahlen. Und ich spreche jetzt nicht von „sehr gut“, sondern von „anständig“, was nötig ist, um die Leute im System zu halten. Es geht auch um Anerkennung der Arbeit, die hinter der Bühne stattfindet und nicht so sichtbar ist.

Die Kurzarbeitergeldregelungen sind schon angesprochen worden. In der Soziokultur nehme ich wahr, dass da eine hohe Solidarität existiert. Es wurde versucht, so

aufzustocken, dass die Leute gehalten werden können. Das ist im weitesten Sinne gelungen.

Ich glaube, die meisten wissen, was sie an ihrem Job und auch an ihren Freiheiten haben. Dennoch muss das System – das schließt etwas an dem an, was ich vorhin über die Strukturförderung gesagt habe – insgesamt eine bessere Finanzierung des Kulturbetriebs und insbesondere der freien Szene bereitstellen.

Nun komme ich zu dem Thema „Kommunikation“. Warum kann man in die Expertengespräche mit dem Kulturministerium nicht mehr Leute einbeziehen, um die Anerkennung zu zeigen, die in dieser Zeit sehr vielen Menschen fehlte?

Künstler*innen haben sich tatsächlich gefragt: Was mache ich eigentlich? Warum bin ich Künstler*in? Warum bricht mir das hier gerade alles weg? War alles umsonst, was ich bisher geleistet habe? – Das ging natürlich vielen Menschen so.

Wichtig finde ich ein bisschen mehr Zugewandtheit und Anerkennung durch Kommunikation, durch Öffnung der Schleusen bis hin zu den Ministerien, die Beschlüsse fassen, die uns betreffen.

Damit bin ich wieder bei den Hygieneschutzverordnungen und den Daten. Alle haben sich natürlich erst mal das zurechtgebaut, was sie brauchten. Sie haben viel Recherchearbeit leisten müssen, um ihre Hygieneschutzkonzepte zu entwickeln. Wir als Verbände haben alle schnell damit angefangen, Angebote im Hinblick darauf zu machen, wie gute Schutzkonzept aussehen.

Sie wurden aber in den Kommunen unterschiedlich gelesen oder sind teilweise gar nicht gelesen worden. Auch die ganzen Daten, die erfasst worden sind, sind gar nicht gelesen worden. Bis heute wissen wir nicht immer, was hier eigentlich ausgewertet wird und zu den Aussagen führt, die da gerade getroffen werden. Darüber muss man auch noch mal nachdenken.

Zu den Antragsverfahren in verschiedenen Ebenen. All das, was geübt und gewohnt – also nahe am Kulturbereich – ist, hat ganz gut funktioniert. Ich würde gerne noch mal das Stipendienprogramm oder auch die Billigkeitsleistungen als gutes Beispiel hervorheben. Man kann beides fast ein bisschen hinsichtlich der Niedrigschwelligkeit miteinander vergleichen: Es geht darum, den Antragstellenden viel Vertrauen für das zu geben, was sie tun.

Alle mussten sozusagen eine Expertise – durch Verortung in entsprechenden Verbänden – darüber einreichen, dass sie anerkannte Künstler*innen oder ein Kulturbetrieb sind. Das funktioniert ganz einfach. Ansonsten mussten keine wahnwitzigen Konzepte entwickelt werden, die die Welt neu erfinden. Es geht ja auch um die Aufrechterhaltung des Normalbetriebs und dessen, was normalerweise stattfindet, weil das ja gut ist. Das würde ich mir weiterhin wünschen. Und das meine ich ein bisschen mit dem Booster, den ich mir jetzt insbesondere auch für die sozusagen unternehmerische freie Szene wünsche, um dort auch hineinzuarbeiten.

NEUSTART KULTUR – von vielen Verbänden auf der Bundesebene ausgeschrieben – hat in allen Varianten wahnsinnig geholfen, weil es eine technische Infrastruktur geliefert hat, die man sich nur wünschen konnte, aber auch Programmarbeit möglich gemacht

hat. Auch hierbei gilt aber: Anträge auf Bundesebene zu stellen ist etwas anderes als auf Landesebene. Warum ist das so? Warum wird das nicht alles vereinfacht, was mehr Zugänge und Möglichkeiten schaffen würde?

Über die Soforthilfen, Novemberhilfen und so fort wurde viel gesprochen. Das hat alle bis zum letzten Tag des letzten Jahres wahnwitzig beschäftigt, und im Hinblick auf die Abrechnungen wird das wahrscheinlich noch so weitergehen. Das hätte man vielleicht auch niederschwelliger und leichter konstruieren können.

Das – und nicht zuletzt auch der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen – waren lernende Systeme, die sich im Laufe des Angebots eigentlich täglich geändert haben; auch nach Gesprächen. Der Deutsche Kulturrat hat immer wieder zu Gesprächen eingeladen, mit den Verbänden, mit betroffenen Personen und Einrichtungen. Es macht es aber natürlich nicht einfacher, wenn das System, auf das man gerade glaubte einen Zugriff zu haben, sich immer ändert.

Hier muss man noch mal einen Kassensturz machen. Sie fragten ja auch danach, was man in Vorbereitung auf zukünftige Pandemien – wir hoffen alle, dass sie nie passieren werden – antizipieren und vordenken kann. Ich glaube, das wird noch mal wichtig sein.

Zum Thema „DTHG und Zertifizierung“. Auch wir sind im Gespräch mit dem Ministerium, um da Entwicklungen – was zunächst einmal die Zertifizierung angeht – zu ermöglichen. Viele haben sich über NEUSTART-KUTUR-Mittel schon erste technische Geräte angeschafft, aber die Deutsche Theatertechnische Gesellschaft berichtet auch davon, dass sich die Technik gerne durch Belüftungsanlagen überlädt, die vielleicht so – und damit auch die Kosten – gar nicht notwendig sind.

Ich glaube, man kann Kosten auch dadurch reduzieren und den Ball ein bisschen flach halten, indem man sozusagen prüft, was notwendig ist, um in verschiedenen Räumen gute Belüftungsanlagen einzusetzen.

Letztlich sind aber diese Maßnahmen, etwa eine Belüftung zertifizieren zu lassen, total wichtig, um dem Publikum gegenüber ein Zeichen zu setzen. Das Land, das Kulturministerium, hat in der Krise eine Kampagne aufgerufen, nämlich „Kultur, aber sicher!“, mit dem Motto – daran müssen wir anknüpfen –: das Publikum ansprechen und ihm die Sicherheit geben, dass es in Kulturhäusern gut aufgehoben ist; und das auch in Zukunft.

Da ist eine Menge zu tun, und da kann man auch etwas retten. Trotzdem haben wir wohl auch einige Menschen an Netflix verloren. Das ist so ähnlich wie im Sportbereich, wo sich einige Leute das Rudergerät jetzt einfach zu Hause hingestellt haben. Das ist schade, weil es natürlich Begegnungen und das Miteinander entbehrt.

Vorsitzender Rainer Schmelzer: Herzlichen Dank. – Wenn das Rudergerät zu Hause steht, wird es noch lange nicht genutzt.

Damit sind wir beim Sport.

Wilhelm Barnhusen (Handballverband Westfalen e. V.): Ich wurde nach den finanziellen Hilfen für Vereine gefragt. Das ist natürlich ein sehr schwieriges Thema. Man

sollte erstens die Vereine darauf aufmerksam machen, dass es viele Zuschussmöglichkeiten über den Landessportbund gibt; Programme wie „1000 × 1000“ zum Beispiel oder Ähnliches sind in vielen Vereinen gar nicht so bekannt.

Zweitens muss man wirklich überlegen: Sollte man die Hallen wirklich nur unter 2G-Plus-Bedingungen betreten dürfen und damit viele Zuschauer ausschließen, wenn in anderen Bereichen 2G oder 3G ausreicht? Das sollte man einfach noch mal überdenken, denn je mehr Zuschauer in die Hallen kommen, desto mehr Eintrittsgelder gibt es und desto größer ist der Gewinn durch den Verkauf von Speisen und Getränken.

Die nächste Frage von Ihnen war, wie man Senioren in die Verein bekommt. Diese ist vor allem im Hinblick auf den Handballbereich sehr schwierig zu beantworten. Bei uns gibt es keinen Walking Handball, so wie es beim Fußball Walking Fußball gibt. Wir müssen einfach eine alternative Spielform finden.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe im Deutschen Handballbund, der auch ich angehöre, überlegen wir uns, wie wir Menschen in die Verein hineinbekommen.

Eine alternative Spielform ist zum Beispiel Five-A-Side, die in Dänemark gespielt wird. Man spielt dabei quer und ohne großen Körperkontakt, wie das auch beim Beachhandball der Fall ist; auch da gibt es keinen Körperkontakt. Man kann diese Stile gemischt spielen, ähnlich wie man auch Volleyball gemischt spielen kann. An solchen Sachen arbeiten wir.

Das große Problem – vor allen Dingen jetzt, wenn die Gewohnheit nicht mehr da ist, zum Sport zu gehen – ist, die Leute wieder allgemein dafür zu begeistern. Dabei haben wir das gesellschaftliche Problem, dass gewisse Verpflichtungen dann eingehalten werden müssen. Wenn ich in einem Verein Sport treibe, habe ich die Verpflichtung, dienstagsabends dahin zu gehen, weil die anderen auch dahin kommen. Diese Verpflichtungen wollen viele Menschen einfach nicht mehr eingehen. Sie zahlen lieber 60 oder 100 Euro im Monat, um in ein Fitnessstudio zu gehen, weil sie dahin gehen können, wenn sie Zeit und Lust haben. Da können Sie morgens hingehen, da können Sie nachmittags hingehen, da können Sie abends hingehen.

Ein anderes Problem ist, dass die Sporthallen überwiegend nur nach Schulschluss frei sind; also ab 17:30 Uhr. Man muss daher schauen, dass man für den Vereinssport, für Gymnastik oder Ähnliches, alternative Räume findet. In der Zeit, als ich noch in der Schule war, war es durchaus üblich, dass wir die Aula auch an andere vergeben haben, sodass dort Gymnastik oder etwas anderes gemacht werden konnte. Man kann Räume multifunktional nutzen. Das ist eine Möglichkeit, um Vereinssport auch morgens um 10 Uhr anbieten zu können und nicht nur abends um 18:00 Uhr.

Da können wir sicherlich einiges machen. Da kann aber die Politik nicht ganz so viel tun. Da sind die Leute vor Ort gefragt, um etwas auf den Weg zu bringen.

Zum Thema „Spielorte verbessern“. Da kann man sich natürlich die Frage stellen, was man in den Hallen machen kann. Ich denke, da haben wir bundesweit riesige Staus. Allein in meiner Heimatstadt Unna haben wir einen Baustau von ungefähr 120 Millionen Euro. Wenn man es landesweit betrachtet, dann sind dabei vor allem die Sporthallen betroffen.

Bei neueren Sporthallen sollte man auf jeden Fall nicht nur daran denken, lediglich vernünftige Lüftungssysteme, sondern auch vernünftige Wassersysteme einzubauen, damit Hallen nicht wieder wegen Legionellen geschlossen werden.

Das ist das, was man in Zukunft tun kann. Im Augenblick sehe ich wenige Möglichkeiten, die Spielorte zu verbessern. Wir müssen mit den gegebenen Möglichkeiten einfach auskommen.

Sie haben nach den Impfungen gefragt. Ich kann dazu insgesamt nichts zu den Mannschaften, die in den Kreisen spielen, sondern lediglich etwas zu unseren Auswahlbereichen sagen. Es hätte eigentlich am Wochenende vor Weihnachten und am letzten Wochenende für Jungen und Mädchen der Deutschland-Cup angestanden. Beide Veranstaltungen sind abgesagt worden. Bei uns im Verband wäre bei den Jungen einer ohne Impfung gewesen und bei den Mädchen zwei; wobei ein Mädchen noch versucht hat, die Impfung zu bekommen. Ansonsten sind alle geimpft.

Bevor wir mit dem Training wieder anfangen durften, haben wir zum Teil Onlinetraining gemacht. Samstagmorgens haben Trainer Auswahlspielerinnen und -spieler zuschalten lassen, und die haben technische Übungen durchgeführt. Dies geschah zum Teil im Wohnzimmer und überwiegend ohne Ball – oder er wurde dabei festgehalten.

Die nicht Geimpften hatten überwiegend religiöse Gründe dafür, nicht geimpft zu werden. Bei den ungeimpften Menschen, die von Osteuropa nach Deutschland gekommen sind, weiß man nicht ganz genau, warum die sich nicht impfen lassen wollen. Im Großen und Ganzen aber haben wir bereits jetzt vor allen Dingen bei den Jugendlichen eine sehr hohe Impfquote.

Sie haben nach Fitness gefragt. Es ist sehr unterschiedlich. Im Auswahlbereich ist die Fitness auf jeden Fall gegeben, weil die Leute zum Teil dies wollen und selbst dahin gehend trainiert haben. Gerade im technischen Bereich sind natürlich Riesenrückstände vorhanden, und diese können nicht von jetzt auf gleich aufgeholt werden. Wenn ein Pass über 10 m nicht mehr gefangen wird, dann macht das einfach Probleme.

Ich habe einige Workshops in Schulen gemacht; sowohl in weiterführenden Schulen als auch – vor allem bei dem bundesweiten Handballaktionstag – in Grundschulen. Dabei habe ich festgestellt, dass der Ermüdungszustand bei den Kindern, die nicht im Verein oder Auswahlbereich sind, relativ stark ist. Außerdem hat das Regelverhalten deutlich abgenommen.

Wenn man einen Großteil des Jahres nicht in der Schule gewesen ist, sich dort nicht hat bewegen können, der Unterricht vor dem PC ohne Bewegung stattgefunden hat – das große Motto „Lernen braucht Bewegung“ ist dabei einfach nicht gegeben –, dann ist ganz klar, dass in breiten Bereichen der Fitnesszustand einfach nicht mehr gut ist. Deswegen finde ich die Forderung, ab jetzt die Schulen nicht mehr zu schließen, um dort einfach auch Gesundheit und Fitness zu stärken, sehr gut.

Sie sagten, ich sollte vorsichtig sein mit meiner Äußerung: Die stecken sich da nicht an. – Dazu kann ich Folgendes sagen. Wir haben an jedem Wochenende alleine in Westfalen mehr als tausend Spiele. Wenige Spiele sind abgesagt worden, weil sich Einzelne in der Mannschaft angesteckt haben. Wir haben am Sonntagvormittag und

Sonntagabend insgesamt fünf Videokonferenzen mit den überkreisspielenden Mannschaften veranstaltet. Es ist natürlich klar, dass bei allen Mannschaften einige Trainer sagen: Die Eltern wollen nicht, dass weitergespielt wird. – Das ist richtig. Insgesamt waren aber insgesamt bei allen über Kreisebene spielenden Mannschaften die Spielerinnen einer einzigen Mannschaft in Quarantäne; sonst in keiner. Daher komme ich zu meiner Äußerung: In den Vereinen passiert relativ wenig.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank. – Konkretisierend zu Ihren Ausführungen über 2G bzw. 2G-Plus: Das haben Sie sicher so gemeint, dass Sie natürlich ohne Plus ordentliche Hygienekonzepte in Ihren Hallen haben, die den Schutz gewährleisten.

(Wilhelm Barnhusen [Handballverband Westfalen e. V.] nickt.)

Ich weiß das. Deswegen will ich es nur konkretisieren. Meine Handballvereine rufen auch mich – genauso wie alle anderen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten – an und teilen mir das mit.

Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

Carina Gödecke (SPD): Die Aufgabe unseres Unterausschusses besteht darin, aus dem, was Sie berichten, aber auch aus dem, was wir in Stellungnahmen aus anderen Bereichen zugetragen bekommen, auch generalisierte Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir müssen uns nämlich theoretisch auf künftige Krisen- und auch pandemische Situationen vorbereiten. Ansonsten wäre es lediglich eine Rückschau. Deshalb steht auch nicht der politische Schlagabtausch im Mittelpunkt der Veranstaltung, die wir hier durchführen, sondern eindeutig der Erkenntnisgewinn.

Ich würde gerne – vielleicht sogar eher auf einer Metaebene – nach mittel- und langfristigen Folgen in diesem sehr breiten Spektrum fragen, das Sie dargestellt haben.

Mir ist eben noch mal klar geworden: So sehr es auf der Hand liegen mag, Sport und Kultur zusammen in ein Gespräch mit sachverständigen Gästen zu packen, so unterschiedlich sind die Bereiche auch. Trotzdem aber reden wir in beiden Feldern über Ehrenamt. Wir reden über Selbstständigkeit. Wir reden über Profisport und Breitensport. Wir reden über Angestellte, über Selbstständige. Wir reden über Veranstalter. Wir reden über Orte.

Wir reden also über ganz, ganz viel und ganz unterschiedliche Situationen. Deshalb möchte ich noch mal wissen – beim Sport kann man es relativ schnell beim Landessportbund im Internet nachschauen –, über wie viele Menschen wir reden. Sowohl im Hinblick auf Sporttreibende als auch beim Kunst- und Kulturbereich ist mir das nicht klar. Ich habe mehrfach gehört, 14.500 Künstlerinnen hätten von dem Stipendienprogramm profitiert und sich damit auch ihre Existenz sichern oder ihre Kreativität erhalten können. Aber über wie viele Menschen im engeren und vielleicht auch im weiteren Sinne reden wir da überhaupt?

Dann habe ich zu den soziokulturellen Zentren eine Frage. Ich bin Bochumerin, und ich kenne daher den Bahnhof Langendreer vom Entstehen an sehr gut. Ich will es nicht

auf alle soziokulturellen Zentren übertragen, aber für Bochum und eine Reihe weiterer Zentren, die ich nicht ganz so gut kenne, weiß ich das und kann das schon behaupten: Soziokulturelle Zentren sind ein Stück mehr als das, was Sie im engeren Sinne dargestellt haben, Frau Herold – ich würde gerne konzentrische Kreise ziehen –, weil soziokulturelle Zentren auch Orte sind und Angebote bieten für Initiativen, für Vereine, die sonst keinen Ort finden oder ihren eigentlichen Sinn und Zweck gar nicht ausüben können.

Das heißt, wenn wir über soziokulturelle Zentren und deren wirtschaftliche Situation, deren Angebotssituation reden, reden wir eigentlich über viel, viel mehr als den klassischen Ort „soziokulturelles Zentrum“. Vielleicht könnten Sie das noch mal darstellen. Die Zentren haben natürlich auch eine riesige Bedeutung für den Stellenwert von Angeboten in unserer Gesellschaft und für deren Zusammenhalt und Differenziertheit.

Ich komme zu dem zweiten Bereich, zu dem ich etwas fragen will. Da mögen alle antworten, die sich angesprochen fühlen. Zu meinem Bekannten- und auch Freundeskreis gehören Künstlerinnen, Künstler, Selbstständige im Kunst- und Kulturbereich, solche Menschen, die einen Teilzeitjob haben und daneben aber auch auf der Bühne stehen und ihre eigenen Programme, ihre eigenen Dinge entwickeln. Die haben mir in der ganzen Zeit ein anderes Bild gezeichnet: ein Auf und Ab zwischen Hoffnung, Erwartung und Resignation. – Das hat natürlich etwas damit zu tun, dass wir seit 2020 keine kontinuierliche Entwicklung – weder nach unten noch nach oben – hatten, sondern Wellenbewegungen, die auch zu Schwierigkeiten geführt haben.

Ich stehe noch ganz unter dem Eindruck eines Gespräches von Samstagabend bei uns zu Hause am Wohnzimmertisch, als ein guter Freund von uns gesagt hat: Ich bin nicht nur ausgebrannt, ich will auch nicht mehr, weil die Kreativität, die eigentlich mein Antriebsmotor für viele Dinge ist, jetzt weg ist. Und die wird nicht wiederkommen, weil ich nicht Mitte 30 bin. Ich bin jetzt 50, und ich kann das nicht mehr.

Ich würde diejenigen, die sich angesprochen fühlen, einfach bitten, auch zum Thema „Kreativität“ ein paar Ausführungen zu machen. Ich glaube nämlich, dass das etwas ist, das ein Fachministerium gut in den Blick nehmen kann. Ich nehme es aber nicht der kompletten Landesregierung übel, dass sie das gar nicht im Blick hat; schließlich ist dies nicht das Alltagsgeschäft. Ich bin mir überdies auch nicht sicher, ob wir als Politikerinnen und Politiker das richtig im Blick haben, weil es nicht unser Metier ist, in dem wir uns normalerweise bewegen.

Ich möchte noch etwas zum Themenkomplex „Publikum zurückgewinnen“ fragen. Lufungen, Outdoorveranstaltungen, reduzierte Platzangebote sind alles gute Maßnahmen – gar keine Frage. Und trotzdem ist ein Großteil der Veranstaltungen schon im letzten Jahr nicht voll geworden, weil die Menschen einfach Angst haben. Das Ganze könnte man jetzt auch auf den Bereich der Schausteller und Veranstaltungen rund um die Weihnachtsmärkte und auf viele weitere mehr ausweiten.

Die Menschen haben einfach Angst. Wir müssen uns gemeinsam wirklich verdammt gute Mittel und Konzepte dafür überlegen, wie wir den Menschen die Angst davor nehmen können, in Veranstaltungen zu kommen. Andernfalls schaffen wir vielleicht eine Situation, in der zwar alles wieder theoretisch möglich ist und die Künstlerinnen und

Künstler auch auftreten wollen, wir aber – wenn nicht genug Publikum kommt – eine Spirale in Gang setzen, die sich am Ende auf Künstlerinnen und Künstler und auf das, was wir Kultur, Kunst und Angebot nennen, auswirkt.

Wenn wir dann nicht damit verdammt aufpassen – und das ist jetzt eher schon mal so ein Hinweis an uns selbst und an all diejenigen, die künftige Rettungsschirme, Wirtschaftsprogramme, Stipendienprogramme entwickeln –, welche Referenzjahre wir verwenden, dann tun wir allen ein Tort an. Wenn man nämlich irgendwann 2021 oder 2022 als Referenzjahr unter dem Gesichtspunkt heranzieht: „Zumindest 2022 war während der Sommermonate viel möglich, und da hätte man ja auftreten können“, dann wird das alles scheitern. Von daher bin ich ganz bei Ihnen mit meinen Fragen.

Ich entschuldige mich dafür, falls das eher Metafragen sind, aber mir geht es um die lang- und mittelfristigen Folgen, die nicht ausschließlich etwas mit Wirtschaft zu tun haben, sondern damit, dass ich gerne auch meinen Enkelkindern mehr als ein Rudergerät für zu Hause geben und mehr als ein Smartphone in die Hand drücken will.

Marco Schmitz (CDU): Vielen Dank für Ihre sehr ausführlichen Antworten. Ich freue mich wirklich, dass das Stipendienprogramm so gut angekommen ist. Die Verbesserungsvorschläge nehmen wir natürlich auch auf.

Sie haben soeben sinngemäß gesagt, die Wertschätzung und Anerkennung der Künstlerinnen und Künstler vonseiten des Landes sei nicht immer so hoch. Dies ist dafür zwar das falsche Gremium, aber ich habe mich gerade bei unserer medienpolitischen Sprecherin, die im Ausschuss für Kultur und Medien sitzt, rückversichert: Sie hat mir bestätigt, dass dort Frau Pfeiffer-Poensgen zum Thema „Kultur“ und auch der Chef der Staatskanzlei, Herr Liminski, zum Thema „Medien“ jedes Mal zu Beginn der Sitzung bewusst einen Coronabericht abgeben.

Wie gesagt, das ist hier vielleicht das falsche Gremium dafür – vielleicht müssten Sie noch mal sagen, wo Sie mehr Wertschätzung erwartet hätten –, aber zumindest für den Kultur- und Medienbereich – so wurde es mir bestätigt – wird zu dem Thema für das Land NRW gesprochen, wo es politisch angesiedelt ist.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Barnhusen. Es geht ja nicht nur um den professionellen Sport, sondern ein Stück weit auch um den Breitensport, und dafür hat zumindest die NRW-Koalition zusammen mit der Landesregierung verschiedene weitere Programme aufgelegt.

Das war zum einen das Programm „Neustart miteinander“, das grundsätzlich für Vereine galt und nicht nur für die Sportvereine, wodurch man bis zu 5.000 Euro beantragen konnte. Außerdem bestand durch die „Soforthilfe Sport“ für die größeren Vereinen mit 2.000 oder 3.000 Mitgliedern, die in eine finanzielle Schieflage geraten sind, die Möglichkeit, eine finanzielle Unterstützung zu bekommen. Es ging dabei also nicht unbedingt um die Profivereine, aber auch nicht um die kleinen Vereinen. Und natürlich gab es die „Coronahilfe Breitensport“, die dem Namen entsprechend für den gesamten Breitensport angeboten worden ist. In diesem Zusammenhang wurde das Projekt aufgelegt, bei dem man 30 Euro pro verlorenem Mitglied bekam und 30 Euro für jedes

zurückgewonnene Mitglied. Können Sie darüber ein wenig aus Ihrer Erfahrung berichten?

Sie haben nämlich eben am Anfang gesagt, dass Sie erst dafür werben mussten, damit das den Vereinen bekannt wurde. Das hat mich stutzig gemacht. Es ist über den Landessportbund, über die Politik und über viele Multiplikatoren sehr stark gestreut worden; schließlich haben auch wir ein Interesse daran. Jeder von uns ist auch im vopolitischen Raum aktiv, und wir erzählen es dort, damit die Vereine nicht notleidend werden.

Vielleicht können Sie uns einen Einblick aus der Praxis geben, oder vielleicht können Sie auch von einem Projekt berichten, das den Vereinen sehr geholfen hat.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Als Mitglied des Sportausschusses kann ich Ihnen sagen, dass das dort schon debattiert worden ist.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich wollte nicht falsch verstanden werden. Ich würde sehr gerne die Stadien, die Kultureinrichtungen und verschiedenes Anderes voll haben. Nun muss aber – wie Frau Gödecke es richtig geschildert hat – ein Ministerium auch irgendwann eine Entscheidung darüber treffen, was unter Schutzbedingungen notwendig ist.

Ich würde nun – erstens – gerne aus der anderen Richtung betrachtet darauf zu sprechen kommen. Mich haben nämlich zum Beispiel verschiedene Orchestermusiker angeschrieben – das war im Dezember, während der großen Konzerte, die stattgefunden haben – und mir gesagt, dass sie sich im Moment aufgrund ihrer Arbeitssituation große Sorgen machen, weil sie im Orchestergraben mit relativ wenig Abstand und Schutzmöglichkeiten spielen müssen. Erreichen Sie solche Mitteilungen auch? Und wenn ja, wie wird damit umgegangen?

Zweitens. Sie haben in Richtung des Gesundheitsministeriums relativ klare Kritik ausgesprochen. Sie haben gesagt, mit dem Kulturministerium würde es gut funktionieren und beim Gesundheitsministerium würde man nicht durchdringen. – Natürlich hat eigentlich auch die Kulturministerin im Kabinett die Möglichkeit, entsprechende Ansagen zu machen. Das muss Sie jetzt nicht interessieren.

Kommen Sie mit den konkreten Vorschlägen nicht durch, oder haben Sie den Eindruck, dass die gar nicht erörtert werden? Das wäre nämlich ein Unterschied. Dass man bei einer Abwägung mal Pech hat oder etwas nicht angenommen wird, ist das eine, aber wenn es gar nicht erst erörtert wird, wäre es etwas anderes. Das würde mich mal interessieren. Könnten Sie dazu Stellung beziehen?

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich habe eine ergänzende Frage an Herrn Professor von Zahn, der dankenswerterweise in seinen ersten Ausführungen auch die Chöre angesprochen hat, die ebenso wie die Bläser unter den in den ersten Coronaschutzverordnungen festgelegten großen Abstandsflächen leiden mussten – meines Erachtens zu Recht. Als aktiver Sänger – ich kann das, auch wenn man es mir nicht zutraut – weiß ich, wovon ich da spreche.

Wie lautet Ihr Feedback bezüglich der nun weggefallenen Auflagen? Die verbliebenen Auflagen sind nicht mehr so extrem.

Haben Sie einen Überblick, inwieweit die Chöre – zu 99 % handelt es sich um kleine, ehrenamtliche Chöre – wegbrechen?

Herr Barnhusen, Ihre Beantwortung der Frage 13 in der schriftlichen Stellungnahme hat mich etwas erschreckt. Bei der Frage „Welche Langzeitauswirkungen sind im Kulturbereich [bzw. im Sportbereich] im Hinblick auf ein vielfältiges und anspruchsvolles Angebot zu befürchten?“ haben Sie mitunter mit „Angst“ geantwortet und in Klammern daruntergeschrieben: „unter anderem durch fragwürdige Entscheidungen der Politik“. Könnten Sie das noch einmal konkreter ausführen?

Jetzt fangen wir wieder an, und Sie spulen in der bewährten Reihenfolge Ihre Antworten runter, ohne darauf zu achten, in welcher Reihenfolge die Fragen gestellt worden sind.

Catalina Rojas Hauser (Kulturrat NRW e. V.): Zu den Fragen von Frau Gödecke nach den langfristigen Folgen. Aus unserer Sicht ist es wirklich wichtig, die Strukturen, in denen die Künstlerinnen und Künstler arbeiten, nachhaltig so zu stärken, dass in einer möglichen nächsten Krise die Chancen bestehen, dass die Künstlerinnen und Künstler diese Krise aus relativ stabilen Strukturen heraus überstehen können. Das bezieht sich natürlich auch auf die soziale und die wirtschaftliche Absicherung. Man könnte ganz konkret – da gibt es ja auch schon Vorstöße – im Bereich der Künstlersozialkasse die Regularien anpassen, aktualisieren, verbessern und im Bereich der Arbeitslosenversicherung für Kulturschaffende Möglichkeiten schaffen.

Außerdem sollte die kulturelle Bildung zukünftig mitgedacht und darüber natürlich sowohl für die Produzenten als auch für die Rezipienten der Nachwuchs aufgebaut werden. Es ist – Herr von Zahn erwähnte es in der ersten Runde – ganz besonders wichtig, dass die entsprechenden Bereiche nicht als erstes geschlossen werden, weil sonst die Lücken gerade dort so groß werden, dass man unter Umständen hinterher wenig retten kann.

Auch der künstlerische Nachwuchs sollte mitgedacht werden. In dieser Hinsicht sollte so vorgesorgt werden, dass aus so einer Krise heraus potentielle zukünftige Künstler und Künstlerinnen Kunst nicht als einen Bereich ansehen, in dem es so unmöglich ist, darin zu überleben.

Stattdessen sollte – das geht mit dem einher, was Herr Schmitz über die Wertschätzung sagte – ein Vertrauen aufgebaut werden für die Menschen, die sich wirklich dafür interessieren, ihr Leben im Bereich der Kultur und Kunst aufzubauen.

Sie hatten nach konkreten Zahlen gefragt, über wie vielen Künstlerinnen und Kulturschaffende wir sprechen. Ich kann Ihnen jetzt keine genaue Zahl nennen, könnte sie aber nachreichen. Bezogen auf die Künstlersozialkasse sind es in Nordrhein-Westfalen ungefähr 30.000, wenn ich mich richtig erinnere. Davon sind allerdings einige Tausend Journalisten. Die würde ich nicht als Künstler mitzählen, obwohl sie in der Künstlersozialkasse als Publizisten geführt werden. An dieser Stelle würde ich aber eine Unterscheidung vornehmen.

Zum Thema „Kreativität“ kann man noch mal kurz auf das Stipendienprogramm zurückkommen. Durch diese Hilfen, die ohne Zielvereinbarung vorgesehen und niederschwellig im Antragsverfahren etc. waren, ist ja die Kreativität der Künstlerinnen und Künstler weiterhin ermöglicht worden. Solche Programme, solche Ideen gilt es auf jeden Fall für zukünftige ähnliche Situationen mit im Blick zu behalten und vielleicht auch in Details zu verbessern.

Mir fällt noch ein Kritikpunkt ein. Der Aspekt der Steuerfreiheit ist nicht ganz eindeutig klar. Es gibt dazu widersprüchliche Rückmeldungen. Wir sind noch dabei, zu schauen, wie das geklärt werden kann.

Ich würde die Dinge beim Thema „Kreativität“ – Sie sprachen vom konkreten Fall Ihres Bekannten, Frau Gödecke – nicht grundsätzlich ganz so schwarzsehen wollen. Wir haben in der Studie, die ich in meiner ersten Ausführung schon kurz zitiert hatte, vor allem auch gefragt: Wie gehen Sie mit dieser Situation um? – Da haben viele gesagt: Es haben sich aus dieser Krise heraus Dinge ergeben, die mich auf eine neue Art kreativ sein lassen.

Ich glaube, es ist bei jedem einzelnen Künstler auch eine Frage der Persönlichkeit. Manche fühlen sich gereizt, plötzlich ganz neue Felder zu entdecken, im Digitalen vielleicht Neues auszuprobieren und sogar neue Zielgruppen zu erreichen. Ich möchte damit nicht sagen, dass jetzt alles ins Digitale verlagert werden soll – um Gottes Willen –, sondern dass es ein Schwarz-Weiß – ich habe Sie aber nicht so verstanden, dass Sie das meinen; ich wollte jetzt nur noch mal diese Richtung betonen – dabei nicht gibt. Ich habe keine Sorge, dass die Kreativität jetzt den Bach runtergehen wird.

Prof. Dr. Robert von Zahn (Kulturrat NRW e. V.): Danke für die Fragen. Ich ergänze gerne.

Frau Gödecke hat gefragt, um wie viele Menschen es geht. Frau Rojas Hauser hat schon gesagt, dass wir es für den Kulturbereich – über alle Sparten hinweg – nicht so genau wissen. Ich kann die Frage auch nicht beantworten. Für den Musikbereich haben wir einigermaßen verlässliche Daten. Die Firma Allensbach hat im vergangenen Jahr gezählt, wer in Deutschland musiziert; also nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Sie kam auf 14 Millionen Menschen. Das war auch die Zahl, die wir ungefähr erwartet hatten. Für Nordrhein-Westfalen sind es ungefähr 2,5 Millionen Menschen, und davon sind 800.000 in Vereinen und Verbänden und letztlich im Landesmusikrat NRW organisiert.

Interessant ist Ihre Frage nach der Wellenbewegung bei Soloselbstständigen, die auszehrt, und wie man die Kreativität in den Blick nimmt. Darauf hat Frau Rojas Hauser auch schon geantwortet. Ergänzend von mir: Das motivierendste Mittel sind zweifellos Aufträge, und zwar Aufträge, die nicht nur sagen: „Schaffe ein Kunstwerk“, „Schreibe ein Buch“, „Schreibe eine Symphonie“, sondern die es mit der entsprechenden Präsentation verbinden: Schaffe ein Kunstwerk, und es wird ausgestellt werden. Ich Sorge dafür. Schreibe ein Buch, und es wird gedruckt werden, und es wird gelesen werden. Du selbst wirst die Lesung in zwölf Buchhandlungen machen. Schreibe eine Symphonie,

und wir haben drei Orchester, die sie auch spielen werden; nicht nur in der Uraufführung, sondern sogar noch zweimal danach – daran scheitert neue Musik immer.

Das ist das Maßnahmenpaket, das wir dem Kulturministerium vorgeschlagen haben und das mit der größten Wahrscheinlichkeit Kreativität wieder ankurbeln kann.

Wie gewinnt man Publikum zurück? Der deutscheste Weg sind wohl Zertifikate. Ulrike Seybold hat das schon angesprochen. Ein Zertifikat, das sagt: Dieses Theater oder diese Galerie oder dieser Konzertsaal ist so aufgebaut und bestuhlt, dass du dir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keinen Virus einfängst. – Wenn das irgendwie als ein Zertifikat sowohl in der Programmvorschau als auch an der Hauswand hängt, ist es in unserem Land vermutlich der sicherste Weg, die Leute wieder dort hinein zu bekommen.

Es mag sein, dass bei der siebten Mutation des Virus dieses Zertifikat nicht mehr so richtig belastbar ist, aber damit müssen wir einfach leben.

Zu der Frage von Herrn Mostofizadeh, ob die Vorschläge nicht durchkommen, hinten runterfallen oder einfach nicht wertgeschätzt werden. Ich kann es Ihnen nicht sagen, muss ich gestehen. Wir machen die Vorschläge, gucken erwartungsvoll die nächste Coronaschutzverordnung an, und die entsprechenden Passagen sind einfach identisch mit denen der vorherigen. Warum das so ist? Das ist irgendwie dem Gang der Dinge geschuldet. Vielleicht sind die Vorschläge von uns einfach nicht gut genug, und es ist doch weiterhin sinnvoll, den Abstand des Sängers nach vorne auf 6 m zu definieren, obwohl 6 m wahnsinnig viel ist. Man stelle sich einen Chor vor, der so aufgestellt ist.

Damit bin ich bei der Frage von Herrn Schmelzer. Das Wegfallen der Auflagen ist von den Chören natürlich angenommen worden. In dem Moment, in dem die 6-m-Regel entfallen ist, haben die Chöre wieder geprobt. Dann gab es eine Phase, in der 2,5 m galten, und dann eine, in der 1,5 m galten, und damit kann man realistische Choraufstellungen machen. Das ist dankbar angenommen worden, und man konnte auch wieder Probenaktivität feststellen, die nicht unbedingt zu Konzertaktivität führen musste. Das ist für mich aber gar nicht so schlimm. Für uns ist es wichtig, dass diese Vereine leben.

Sind Chöre rausgefallen? Nicht aus dem Vereinsregister, aber die Zahl an Chören allein im Chorverband, die im Moment nicht aktiv sind – ohne dass man sagen kann, warum die sich eigentlich gar nicht mehr treffen –, ist im Moment niedrig dreistellig. Ganz genau ist nicht gezählt worden, aber es sind auf jeden Fall deutlich über 100.

Daneben gibt es das Phänomen, dass wir eine große Zahl von Chören mit einem zu hohen Altersdurchschnitt haben. Das gilt besonders für die Sparte des Männerchors, aber auch für die kirchlichen Chöre. Da haben wir den starken Verdacht, dass die nicht zurückkommen werden. Die werden vielleicht noch eine Aktivierungsphase im Sommer haben, aber die werden wir nicht dauerhaft für das Kulturleben zurückgewinnen.

Außerdem gibt es erstaunlich häufig das folgende spezielle Problem: Viele Chöre haben sich in der Lockdownzeit und auch in der Zeit danach in das digitale Proben gerettet. Es sind gute Programme entwickelt worden – Jamulus, ein reines Audioprogramm

oder Digital Stage, ein Videoprogramm –, mit denen die, die fit genug waren, sich den technischen Herausforderungen zu stellen, wirklich wieder ins Proben gekommen sind.

Es sind aber fast durchweg im Verein Leute hinten runtergefallen; meistens diejenigen, die einfach schon in einem gewissen Alter waren, und die auf Jamulus und auf Headset und die entsprechenden LAN-Kabel –W-Lan geht nämlich nicht – im Haushalt einfach keine Lust hatten.

Da stellen wir fest: Die sind ganz weg. Die sind nicht nur für diese digitale Phase herausgefallen, sondern die sind nicht zurückzugewinnen. Das ist wirklich jammerschade. Das ist ein richtiger Dauerverlust durch die Coronakrise.

Ulrike Seybold (NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste e. V.): Wo fange ich diesmal an? Vielleicht noch mal bei den Zahlen der Künstler*innen. Ich glaube, die 1.000 Journalist*innen, die wir von den KSK-Zahlen abziehen müssen, können wir aber um das Drei- bis Fünffache an Menschen in kunstnahen Berufen ergänzen, die nicht KSK-fähig sind – allem voran Kunstpädagoginnen, auch die mehrfach angesprochenen Techniker*innen und alle, die als Produktionsleitung und in anderen Organisationsbereichen arbeiten. Die hängen natürlich in ihrer Existenz genauso davon ab, ob Kunst gemacht werden kann oder nicht. Es ist ganz klar, dass ich ohne Theater auch keine Techniker brauche. Die sind aber in diesen offiziellen KSK-Zahlen nicht erfasst.

Zu dem Thema „Kreativität“ bzw. zu der Frage, wie es den Leuten geht. Als Verbandsvertreterin komme ich erst mal nur mit Menschen in Kontakt, die in dem Moment in der Lage sind, zu sprechen oder an Veranstaltungen teilzunehmen. Das heißt vermutlich: Die ganz, ganz schwarzen Momente kriegen wir nicht alle mit. Ich fürchte, die gibt es mehr, als wir alle wissen.

Ich kenne aber zum Glück sehr, sehr viele Leute, die dann wiederum sagen: Okay, es ist jetzt echt richtig doof, und eigentlich kann ich nicht mehr, aber ich schüttele mich jetzt dreimal, und ich will aber können, weil es mir so wichtig ist.

Noch geht das. Ich weiß aber manchmal auch nicht, wie lange das noch geht. Und ich glaube, das gilt gesamtgesellschaftlich. Das gilt nicht nur für Kunst und Kultur, sondern wir haben alle das Gefühl: Es geht gerade noch so. Aber wie lange geht es denn eigentlich noch?

Ich glaube, das einzige Mittel ist es, einfach zu sagen – auch wenn es eine etwas pauschale, aber eben eine Metaantwort ist –: Wir müssen durchhalten. Wir müssen weiter menschlich bleiben. Wir müssen weiter an ein Umfeld glauben, in dem so etwas wie Kultur wichtig ist, in dem so etwas wie Bildung wichtig ist. Wir müssen eine vernünftige Sozialpolitik betreiben. Wir müssen gucken, dass Leute sich nicht weiter radikalieren. Wir müssen einfach trotzdem weiter an das glauben, was eine Kreativität braucht, um zu florieren, und dafür soweit es irgendwie politisch möglich ist die Rahmenbedingungen schaffen. Etwas anderes hilft da gerade nicht – von der Metaebene aus betrachtet.

Ich möchte noch einiges zur Übergangsebene bzw. zum Schaffen von Vertrauen beim Publikums sagen: Es ist ganz wichtig, dass es noch für eine sehr lange Zeit subventionierte

Veranstaltungen gibt, bei denen es nicht so wichtig ist, wie viel Publikum da ist, und dass man in den Bedingungen der Hilfen und der Förderungen sehr nachsichtig ist und die Situation kennt. Es kann da nicht um Publikumszahlen gehen – Stichwort „Erfolgskontrolle bei öffentlicher Förderung“ –, sondern vielleicht um andere Kriterien.

Robert von Zahn nannte vorhin das Stichwort „Aktivierungsprogramme“, und ich hatte vergessen, etwas aus meiner Perspektive dazu zu sagen. Wir würden uns konkret ein Programm wünschen, das Gastspiele, Gastspielereien, Wiederaufnahmen möglich macht, weil natürlich sehr vieles für die Schublade produziert wurde und gar nicht gezeigt werden konnte. Es sind zum Teil auch mit Landesgeld Produktionen geschaffen worden, die noch niemals gezeigt werden konnten.

Es muss darum gehen: Wie kriege ich das ins Land hinein? Wie kriege ich das vielleicht auch an Orte, an denen Kunst und Kultur noch nicht so verankert sind? Wir haben dabei immer auch ein bisschen die ländlicheren Räume mit im Blick, aber nicht nur. Es ist auch ganz wichtig, das mit Kommunikation zu unterstützen – ganz stumpf mit Werbung –, aber auch mit vertrauensbildenden Maßnahmen für Vermittlungen, damit nicht der sogenannte Gap entsteht; dass man also eigentlich wieder Kunst und Kultur machen kann, aber keiner kommt, weil man Angst hat. Ich fürchte, auch das ist eine gewisse Gefahr.

Ich würde gerne noch etwas zum Thema „Wertschätzung“ – obwohl zu dem Thema gleich Heike Herold noch etwas sagen wird – sagen; ich hatte es auch schon geschrieben. Ich als Verbandsvertreterin fühlte mich in dieser absoluten Ausnahmesituation, die keiner von uns jemals erlebt hatte, durchaus wahrgenommen und wertgeschätzt.

Wir haben wirklich sehr versucht, diese Kommunikations- oder auch eine Art von Transferarbeit zu leisten. Herr Barnhusen sagte es vorhin auch schon: Man musste die ganzen Dinge, die beschlossen wurden, teilweise wirklich übersetzen und exegieren können. Das können wir als Verbandsvertreter*innen, aber wir konnten das nicht immer. Ich musste teilweise auch nachfragen: Was heißt denn das jetzt konkret? Was darf ich denn nächsten Samstag? Darf ich aufmachen, darf ich nicht aufmachen? Muss ich die Zuschauer im Schachbrett platzieren? Mit Maske? Ohne Maske? Muss ich sonst irgendetwas machen?

Mir ist völlig klar, dass Dinge in Verordnungen und Gesetzen eines gewissen Sprechens bedürfen. Aber warum kann bei so etwas nicht einfach von den entsprechenden Stellen auch die Alltagsübersetzung mitgeliefert werden? Warum kann es nicht eine begleitende Pressemitteilung geben, die konkret sagt: „Leute, ihr dürft das, und ihr dürft dies“?

Ich glaube, dadurch ist manchmal vielleicht das Gefühl von Wertschätzung nicht entstanden, obwohl die Beschlüsse vorhanden und eigentlich sogar hilfreich waren. Es geht wieder um die Themen „Kommunikation“, „Übersetzung“, „miteinander sprechen“, „so sprechen, dass man sich versteht“. Ich vermute, da wird Heike Herold gleich gerne ansetzen und noch viel mehr dazu sagen.

Heike Herold (Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NRW e. V.): Vielleicht habe ich eines der komplizierten Themen aufgemacht. Das bin ich jetzt selber schuld.

Der Ausdruck „konzentrische Kreise“ hat mir sehr gefallen, Frau Gödecke. Da geht es um die Metaebene, mit der wir uns immer wieder beschäftigen: Wie kann es eigentlich weitergehen? Wie machen wir weiter? – Wir wollen weitermachen.

Tatsächlich haben die soziokulturellen Zentren – ich glaube, das gilt für alle Häuser im Kulturbereich – viel Übersetzungsarbeit geleistet. Von den Initiativen weiß ich, dass sie die Coronaschutzverordnungen teilweise übersetzt haben. Die haben beschrieben, wie es eigentlich weitergeht, wo Hilfen beantragt werden können, welche Räume offenstehen oder nicht oder wie etwas im öffentlichen Raum geht.

Auf jeden Fall waren auch beratende und Ansprechpersonen vor Ort, wenn das die Kommune vielleicht gerade nicht mehr schaffen konnte; immerhin haben alle unter den vielen Kommunikationsanfragen gelitten – mehr oder weniger.

Es gilt, genau dieses Moment zu stärken: die Demokratiebildung und die aufsuchende Arbeit in die Stadtteile hinein. In vielen Bereichen haben Balkonkonzerte, Theater in Schaufenstern und vor Schaufenstern, in Altenheimen und vor Altersheimen, in Gärten und dergleichen stattgefunden. Dies ist eine Entwicklung, die wir schon seit einiger Zeit beobachten.

Als Landesarbeitsgemeinschaft fördern wir mit Landesmitteln nicht nur die Soziokulturellen, sondern auch viele, viele Initiativen. Es ist eine Entwicklung einer totalen Diversifizierung des Kulturangebotes zu vernehmen. Es gibt zwar einerseits die alten soziokulturellen Zentren, die sich aber auch neuen Entwicklungen zuwenden. Andererseits gibt es aber auch wahnsinnig viele neue, ganz interessante Gründungen und Initiativen – erst mal ohne Haus –, die sich ganz anders bewegen. Diese Entwicklung müssen wir berücksichtigen.

Bei der Betreuung dieser Initiativen, Gruppen, Ensembles und Kollektive gibt es ganz viel zu berücksichtigen, etwa die Förderung oder die Möglichkeit, in Kooperation miteinander zu gehen. Sie sprachen von dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Das Vernetzen und das Miteinander sind total wichtige, unterstützenswerte Motive.

Damit bin ich beim Nutzen von Orten und Räumen. Es gibt einen wahnsinnigen Bedarf an Räumen. Ich weiß es für Münster, wo unser Sitz ist: Man äugt nach Leerständen, aber es gibt in Münster gar keine Leerstände. – Dabei ist der Bedarf an Räumen wahnsinnig groß.

Auch das wird eine Zukunftsfrage sein: Welche Räume stehen für Produktionen oder für Angebote zur Verfügung, die allerdings kleiner sind als die Publikumssäle mit 2.000 Sitzplätzen? Letztere brauchen wir vielleicht auch, aber wir brauchen auch sehr viel mehr kleinere Räume, um Angebote zu machen.

Zu der Resilienz, mit der wir umzugehen haben, und die wir, glaube ich, in der Kulturszene alle gezeigt haben, die wir – mitsamt der einen oder anderen Macke, die wir zu verzeichnen haben – alle vorweisen können. Qualifizierung und Coaching sind wichtige Angebote, die wir als Kulturschaffende oder auch als Verbände in Anspruch nehmen

müssen können, um durchzuhalten, um uns zu entwickeln, um Führungsqualitäten zu entwickeln, um mit unseren Mitarbeitenden umzugehen, um mit einem neuen Publikum umzugehen und dergleichen.

Wir müssen genauer darauf schauen, welche Dinge sozusagen neue Kreativität hervorbringen und Kraft, Mut und vor allen Dingen Motivation schaffen. Vielleicht bin ich damit schon bei der Wertschätzung: dass man dahin gehend gesehen wird, was vorliegt und was entwickelt werden soll – das gilt für Programme und Projektförderungen, die sich verändern können, aber auch für die Strukturförderung, von der wir heute schon den ganzen Tag sprechen –, damit man sich sozusagen auf einem guten Boden so entwickeln kann, wie das in anderen Bereichen auch der Fall ist.

Wir haben alle wahnsinnig dazugelernt. Wir haben zu Hunderten Zoomkonferenzen abgehalten, die ganz gut funktionieren. Warum kann das eine Landesregierung oder ein Kulturministerium nicht machen, um sich damit auch den Künstler*innen und Kulturschaffenden zuzuwenden und ihnen mal zuhören und nicht nur den Expert*innen?

Wir haben im Kulturrat eine wunderbare Plattform gefunden, auf der wir uns auch als Verbände austauschen und beraten können. Das hat uns sehr gestärkt und hatte eine wichtige Funktion. Das ist auch seitens des Ministeriums anerkannt worden. Es ist aber wichtig, das weiterzugeben und weiterzuspielen.

Wenn ein Herr Wüst sein Amt antritt, sollte er auch die Kultur andeuten, erwähnen und ihre Bedeutung herausstellen. Wir machen nämlich wichtige Arbeit, die die Gesellschaft zusammenhält. Das ist in vielen Bereichen so, und Sie alle können ganz viel dazu beitragen, Wertschätzung auszudrücken. Sie ist notwendig für den Künstler, für die Künstlerin, für die Vermittler*in genauso wie für den Sportler und die Sportlerin. Wir brauchen gerade auch ein paar Streicheleinheiten und ein bisschen Pflege.

Wie viele Künstler*innen haben wir eigentlich? Bundesweit erreichen wir aufseiten des Publikums 13,5 Millionen Menschen, und ich beanspruche mal mindestens 2 bis 3 Millionen davon für NRW, da wir das größte Bundesland in unserem Bundesverband sind. Das ist eine Menge Holz, und es sind viele wichtige Menschen, mit denen wir in Kommunikation treten müssen, sollen, wollen und können.

Damit bin ich bei Ulrike Seybold. Viele unserer Häuser haben gar keine Öffentlichkeitsarbeit. Ich weiß von der Alten Feuerwache in Köln – ich glaube, ich darf das hier sagen –, dass die dort, glaube ich, 4.000 oder 8.000 Euro im Jahr für Öffentlichkeitsarbeit haben. So geht das nicht, wenn man professionell arbeiten will.

Es muss berücksichtigt werden, was es für eine professionelle Arbeit braucht, um draußen anzukommen, wahrgenommen zu werden und die Leistungen zu bezahlen, die wir on top machen. Das kann ich wohl auf die gesamte Szene übertragen, in der alle nicht auf die Einzelstunde gucken, die sie absolvieren.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Und jetzt zum Abschluss in dieser Runde noch einmal der Sport.

Wilhelm Barnhusen (Handballverband Westfalen e. V.): Herr Schmitz, zu Ihrer Frage kann ich nur die Gegenfrage stellen: Über welche Kanäle wird verbreitet, dass der Breitensport darüber Bescheid weiß, welche Gelder man möglicherweise requirieren kann?

Gerade in den kleineren Vereinen sind zum großen Teil nur Ehrenamtliche tätig. Nur die großen Vereine können sich Hauptamtliche oder eine Hauptgeschäftsstelle leisten.

In meinem werden Veröffentlichungen, die wir mit unserem wöchentlichen Newsletter rausbringen, nicht unbedingt gelesen. Wir haben die Coronaschutzverordnung – so wie sie von der Politik kam – ständig angepasst und auch ständig in unserem Newsletter veröffentlicht, und trotzdem bekommen ich oder auch unsere Spieltechniker ständig Anrufe mit der Nachfrage: Was ist denn jetzt damit gemeint?

Genauso ist das bei Zuschüssen. Auch ich bin nur ehrenamtlich in einem Kreissportbund tätig und weiß von daher, dass diese Programme wie „1000 × 1000“ und ähnliche in vielen Vereinen überhaupt nicht bekannt sind. Ich denke, man muss andere Kanäle suchen, um das zu verbreiten, wo die Menschen Gelder bekommen können.

Das ist die eine Seite. Die andere ist natürlich die, dass ich immer wieder Leute brauche, die überhaupt diese Anträge stellen, damit man dieses Geld bekommt. Da sehe ich also die ganz großen Probleme dabei.

Zu Ihrer Frage zur Angst. Da muss ich weit ausholen. Fangen wir am 13. März 2020 an. An dem Tag – es war ein Freitag – wurde plötzlich mitgeteilt: Ab Montag sind die Schulen zu. – Keiner wusste so richtig, was los ist. Dann kam aus der Politik der Hinweis: Kinder, besucht eure Großeltern nicht mehr. Ihr könntet sie anstecken, und die könnten dann sterben. – Den dritten Geburtstag meiner Enkeltochter haben wir also am Fenster verbracht. Wir haben durch das Küchenfenster gewunken.

Was dann dazu kam, war einfach Angst vor Denunziationen. Das haben wir in unserer Straße erlebt. Wir haben ein Straßenfest gefeiert, aber jeder war vor seiner Haustür und hielt Abstand. Alle Autos sind aus der Straße herausgefahren worden, sodass wir uns sehen konnten. Wir haben uns zugewunken. Jeder hat vor seiner Haustür gegrillt. Was passierte? Plötzlich kam die Polizei, und wir mussten Rede und Antwort dazu stehen, was wir da machten. Die guckten, und wir sagten: Wir sind alle auf unseren Grundstücken. – Das kommt also noch hinzu: Die Angst wird weiter geschürt.

Warum wird die Angst noch weiter geschürt? – Weil in der Presse nichts Positives steht; absolut nichts Positives. Da steht nur, wie viele neue Infektionen wir haben, aber wie viele Genese da sind, wird mal in irgendeiner Rubrik erwähnt.

Das mag natürlich auch typisch deutsch sein. Es gibt ja dieses berühmte Beispiel, dass ein Mathematikprofessor seinen Studenten in einer Vorlesung neun richtige Aufgaben sagt und bei der zehnten Aufgabe sagt er: 10 mal 9 ist 89. Was fällt euch auf? – Die Studenten sagen sofort: Der Fehler! – Dass aber neun Sachen richtig waren, wird nicht erwähnt.

Es wird überwiegend oder immer negativ berichtet, und es werden Vorschriften darüber gemacht, was man alles nicht darf. Dass mal über einen Hoffnungsschimmer oder

so was gesprochen wird – etwa: Leute, macht das so, dann seid ihr wieder frei –, kommt für mich viel zu selten vor.

Ich erlebe es tatsächlich auch in der eigenen Familie, dass die Angst davor, irgendwo hinzugehen und sich anzustecken, einfach ganz groß ist. Hinzu kommen Fragen wie: Darf meine Tochter, die alleine in München wohnt, zu uns kommen, wenn die andere Tochter mit ihren Kindern kommt, denn dann sind wir fünf Personen aus drei Haushalten und nicht aus zwei?

Das meine ich damit, und ich denke, dass die Politik da einfach generell arbeitet und nicht unterscheidet. Das geht mir auf den Keks.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Vielleicht erklären sich durch so eine mediale Darstellung die 1.000 Journalisten in der Künstlersozialkasse? Ich weiß es nicht. Mir fehlt da ein bisschen die Fantasie. – Herzlichen Dank.

Das war die Beantwortung der Fragen. Ich bin ganz ehrlich: Es war noch ausführlicher, als ich es mir vorgestellt habe, aber ich denke, es war auch sehr ergebnisreich für unsere weitere Arbeit.

Ich habe irgendwann mal eingeführt – ich glaube, das funktioniert auch ganz gut –, dass Sie, die Sachverständigen, die mit uns diskutiert haben, auch das von dieser Sitzung erstellte Wortprotokoll zur Verfügung gestellt bekommen. Da kann man noch mal das eine oder andere nachlesen. Wir haben jetzt circa zweieinhalb Stunden zusammengesessen.

Ich habe alle Protokolle mindestens schon zweimal gelesen; aus gutem Grunde. Ich finde jedes Mal wieder etwas Neues, und obwohl ich bei fast jeder Sitzung dabei gesessen habe, ist es hochinteressant.

Ich danke Ihnen, den Sachverständigen, recht herzlich dafür, dass Sie hier so intensiv Antworten gegeben haben. Es tut mir leid, dass das mit Herrn Löcher nicht geklappt hat. Ich hoffe, dass er uns noch gehört hat, dass er gegebenenfalls das eine oder andere noch nachsenden kann.

Auch wenn wir schon zweieinhalb Stunden zusammensitzen, können Sie natürlich gerne hierbleiben. Ich sage Ihnen aber: Das war Tagesordnungspunkt 1 von 5. Wir bleiben also noch.

Ansonsten sind Sie gerne entlassen. Herzlichen Dank noch mal an dieser Stelle, für Ihre Bereitschaft und für die intensive Diskussion.

(Beifall von allen Fraktionen – Zuruf: Vielen Dank für die Einladung!)

– Immer gerne. Einladen können wir ganz schnell. Das geht immer ganz zügig. Sobald die Fraktionen uns die Namen genannt haben, ist die Verwaltung ganz schnell dabei.

Herr Professor von Zahn hatte angesprochen – bevor ich das vergesse –, dass er uns irgendetwas nachliefern will. Ich kann es aber auch vorher nachhören. Sie haben aber mitgeschrieben, was Sie uns nachliefern wollen, und das schicken Sie in gewohnter Form an Frau Hielscher. Zur Not meldet Sie sich noch mal bei Ihnen, denn wir wollen

es natürlich haben, und es wird auch den Fraktionen in entsprechender Art und Weise und wie gewohnt zugeleitet. Wir haben es also sehr wohl registriert. Es kommt etwas.

(Prof. Dr. Robert von Zahn [Kulturrat NRW e. V.]: Machen wir!)

– Herzlichen Dank.

2 Datenlage – Bereich „Arbeit / Wirtschaft“

Ausschussprotokoll 17/1634 (Gespräch mit sachverst. Gästen am 16.11.2021)

Die Pandemie habe für Extremsituationen am Arbeitsmarkt gesorgt, so **Angela Lück (SPD)**. Insbesondere zu Beginn sei ein Anstieg bei der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen. Des Weiteren habe sie zu Lieferengpässen geführt und sich auf die Langzeitarbeitslosigkeit ausgewirkt. Über diese Vorgänge lägen mittlerweile Daten vor, dies allein lindere aber nicht die Not der Betroffenen. Häufig handele es sich um Menschen ohne Berufsabschluss, Frauen und Geringverdiener. Viele Haushalte seien von Armut betroffen.

Sowohl regional als auch branchenabhängig unterschieden sich die Auswirkungen der Pandemie. Während im Dienstleistungssektor weiterhin Stillstand herrsche, kämen manche Branchen, beispielsweise die der Maler, mit dem Abarbeiten von Aufträgen gar nicht nach. Unter dem Strich bleibe festzuhalten, dass die Pandemie sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer getroffen und viele Menschen an ihre Existenzgrundlage gebracht habe. Die gestiegenen Energiekosten verstärkten ihre Not zusätzlich.

Marco Schmitz (CDU) stellt den Wert der Kurzarbeit zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit heraus. Dies zeige sich auch darin, dass zusätzliche Steuergelder genutzt worden seien, um die Kurzarbeit trotz eigentlich leerer Kassen der Bundesagentur für Arbeit aufrechtzuerhalten. Er weise in diesem Kontext darauf hin, dass Lieferengpässe nicht nur aus der Coronapandemie, sondern auch aus dem Chipmangel und grundsätzlichen Lieferkettenproblemen resultiert hätten.

Erfreulicherweise sinke die Quote der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III wieder. Mittlerweile befinde sie sich auf einem besseren Niveau als noch 2016 bzw. in etwa auf dem Niveau von 2017.

Allerdings müsse ein Abrutschen einiger Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit konstatiert werden, die somit keine Zahlungen mehr aus der Arbeitslosenversicherung erhielten. Häufig handle es sich um ungelernte und zuvor in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen angestellte Personen. Maßnahmen nach den §§ 16e und 16i SGB II dienten dazu, sie wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen. Um speziell durch die Coronapandemie ausgelöster Langzeitarbeitslosigkeit zu begegnen, nutze das Land zudem Mittel aus der aktuellen ESF-Förderung bzw. im Rahmen des REACT-EU-Programms. Auf diese Weise solle auch die Arbeitslosenquote im Rechtskreis des SGB II wieder gesenkt werden.

Der Vergleich mit Ländern, die über ein solches Instrument nicht verfügten, belege den Erfolg der Kurzarbeit in Deutschland, so **Dr. Martin Vincentz (AfD)**. Es habe aber auch einen Preis, die Wirtschaft herunterzufahren und Teile des Erwerbs durch staatliche Mittel auszugleichen. Inwieweit in der Zukunft tatsächlich eine Rekompensation durch Wachstum gelingen könne, werde sich zeigen. Zwar fielen die Prognosen der Sachverständigen positiv aus, er sehe es an einigen Stellen aber noch skeptisch.

Die Krise offenbare die Anfälligkeit globaler Lieferketten, die sehr schnell zum Erliegen gekommen seien. Einige Folgen, beispielsweise aufgrund des Vorhaltens von Nahrungsmitteln in China, zeigten sich erst mit Verzögerung. Hinzu komme, dass Lagerkapazitäten fehlten, da der günstige Warentransporte gewissermaßen zu einer Auslagerung von Lagerfläche auf die Straße geführt habe.

Abschließend wolle er darauf hinweisen, dass die Verwendung von Begriffen wie „Systemrelevanz“ Ausdruck eines enthemmten Sprachgebrauchs sei. Die Einstufung vieler Tätigkeiten als systemrelevant gründe rein auf ihrer leichteren Digitalisierbarkeit, beispielsweise im Bereich von Controlling und Human Resources. Andere, seines Erachtens deutlich sinnstiftendere Tätigkeiten, seien gewissermaßen „ausgeschaltet“ worden. Mit einer solchen Klassifizierung hinsichtlich der Notwendigkeit für ein System gehe eine Spaltung der Gesellschaft einher, die künftig aufgearbeitet werden müsse.

Jörn Freynick (FDP) fasst drei Aspekte als zentrale Ergebnisse des Gesprächs mit sachverständigen Gästen zusammen. Erstens müssten die Belange von Soloselbstständige verstärkt in den Blick genommen werden. Dies gelte für die Wirtschaft insgesamt und im Speziellen auch für Soloselbstständige in Kunst und Kultur. Die bisherigen Hilfsmaßnahmen, beispielsweise Erleichterungen bei der Grundsicherung, reichten nicht aus.

Zweitens. Sowohl in den Unternehmen als auch in der Gesellschaft insgesamt schreite die Digitalisierung voran. Weltweit sei bislang nur ein Bruchteil des vorhandenen Digitalisierungspotenzial genutzt worden; nun würden Fortschritte gemacht. Dies gelte unter anderem für die Arbeit im Homeoffice, auch wenn sich erst noch zeigen müsse, inwiefern dies auch mit Ablauf der Coronamaßnahmen und -regelungen Bestand haben werde.

Drittens gelte es, den Wiedereinstieg in Arbeit zu ermöglichen und zu unterstützen. Zeitarbeit, Kurzarbeit und die Flexibilisierung der Arbeitszeit stellten sinnvolle Instrumente dar, um attraktive Arbeitsmodelle zu schaffen. Dies könne auch einen Beitrag zur Rückkehr der Wirtschaftsleistung auf das Vorkrisenniveau leisten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) vertritt in Bezug auf die Digitalisierung und insbesondere auf die Nutzung von Homeoffice den Standpunkt, dass es häufig weiterhin an Best Practices und guter Anleitung fehle. Es brauche passende Strukturen und eine geeignete Organisationslogik, damit Unternehmen nach der Pandemie nicht wieder einen Schritt zurück machten, sondern die Chancen von Homeoffice und Digitalisierung auch künftig nutzen.

In der Pandemie komme außerdem zum Tragen, dass sich in einigen Branchen und vor allem in handwerklichen Berufen kaum Möglichkeiten böten, im Homeoffice zu arbeiten. Dies müsse sich auch in den Hilfsmaßnahmen widerspiegeln.

Er weise des Weiteren auf erhebliche Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Lehr- und Ausbildungsstellen durch die Agentur für Arbeit während der Coronapandemie hin. Mindestens anderthalb Jahrgänge, die vielleicht sogar Ausbildungen begonnen hätten, wären ihnen die verfügbaren Möglichkeiten bekannt gewesen, müssten im

Grunde über den üblichen Zeitraum hinaus gezielt angesprochen werden, um deren Probleme beim Einstieg in Ausbildung auszugleichen.

Vorsitzende Rainer Schmeltzer pflichtet seinem Vorredner bei. Schwierigkeiten im Ausbildungsmarkt hätten beidseitig sowohl bei Angebot als auch Nachfrage bestanden. In einigen Fällen lasse sich dies auf Kommunikationsdefizite zurückführen. Überhaupt zögen sich diese wie ein roter Faden durch die Fachgespräche im Gremium. Er erinnere daran, dass Gesundheitsämter teilweise zehn oder elf Tage für Meldungen benötigt hätten.

3 Datenlage – Bereich „Soziales“

Ausschussprotokoll 17/1591 (Gespräch mit sachverst. Gästen am 26.10.2021)

Die Coronapandemie und die sie begleitenden Bedingungen hätten sicherlich nicht zur Verbesserung der sozialen Lage im Land beigetragen, so **Peter Preuß (CDU)**. Dies hätten auch die sachverständigen Gäste bestätigt.

Klar sei, dass die Auswirkungen der Pandemie viele Menschen trafen. So hätten es beispielsweise Arbeitssuchende, Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und andere benachteiligte Gruppen schwer gehabt, weil Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt zurückhaltend agiert hätten. Das genaue Ausmaß der Folgen lasse sich allerdings noch nicht vollständig abschätzen. Es gelte, die Folgen insbesondere auf die soziale Situation von älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen im Blick zu behalten, um rechtzeitig gegensteuern zu können und die Folgen zumindest abzumildern.

Das Gespräch mit sachverständigen Gästen zum Bereich „Soziales“ wirke für sie und die SPD-Fraktion noch immer intensiv nach, so **Angela Lück (SPD)**. Es habe die extremen Auswirkungen der Pandemie deutlich vor Augen geführt.

Birgit Zoerner, Stadträtin in Dortmund, habe existenzielle Folgen für zahlreiche Menschen und deren Perspektivlosigkeit beschrieben. Einige würden in ausbeuterische Strukturen ohne Krankenversicherung und damit ohne gesundheitliche Vorsorge getrieben. Allein in Dortmund fielen so etwa 3.000 Menschen völlig durch das Raster.

Laut Anne Rossenbach vom Sozialdienst katholischer Frauen hätten einige Familien sogar hungern müssen, da die Kinder aufgrund von Schulschließungen keine Schulmahlzeiten erhalten hätten, und Prostituierte hätten weder über Geld noch über eine Wohnung verfügt.

Hinzu kämen Berichte über körperliche und seelische Gewalt an Kindern im Elternhaus. Häufig fehlten den Jugendämtern die nötigen Informationen darüber. Menschen mit Behinderung habe es darüber hinaus unter anderem wegen geschlossener Werkstätten an sozialen Kontakten und gesundheitlicher Versorgung gemangelt.

Derartige Verhältnisse dürften sich in der Zukunft nicht wiederholen. Menschen in prekären Lebenssituationen müssten besser in den Blick genommen werden, und die Erkenntnisse aus dem Fachgespräch müssten Eingang in das politische Geschehen, in pandemische Leitlinien sowie in die Handlungsempfehlungen des Ausschusses finden.

Da es noch an gesicherten Daten fehle, beschränke sich die Aussagekraft des Gesprächs mit sachverständigen Gästen auf Expertenmeinungen, so **Dr. Martin Vincentz (AfD)**. Eine gewisse Tendenz lasse sich aber durchaus erkennen: Die Pandemie habe bereits zuvor schlechter gestellte Milieus besonders hart getroffen.

Neuere Erhebungen belegten bereits einen deutlichen Anstieg der Anzahl versuchter Selbstmorde Jugendlicher, vor allem während der Lockdowns. Sie wiesen zudem auf einen Stimmungseinbruch bei Jugendlichen hin, wie man ihn sonst nur beispielsweise in Kriegen erwartete. Dies verdeutliche die Dramatik der Coronamaßnahmen. Gesell-

schaften könnten nun einmal nicht herunter- und wieder hochgefahren werden wie ein Computer.

Seiner Auffassung nach resultierten die sicherlich gut gemeinten Maßnahmen häufig nicht aus einer klaren Abwägung zwischen Gesundheit und Wirtschaft. Vielmehr habe das Durchsetzen politischer Standpunkte an einigen Stellen soziales Elend noch befördert. Kritik an den Maßnahmen werde oftmals als abwegig erklärt und unliebsamen Strömungen zugeordnet.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) geht zunächst auf die Auswirkungen der Pandemie auf Menschen mit Behinderung ein. Durch den ersatzlosen Wegfall von Betreuungsangeboten und Teilhabemöglichkeiten seien sie sehr stark und unmittelbar betroffen gewesen. Häufig hätten die Familien verstärkt einspringen müssen. Hier gelte es, strukturiert Vorsorge zu treffen.

Vorsorge zu treffen bedeute allerdings nicht, an anderer Stelle Einbußen hinnehmen zu müssen. Beispielsweise könne bei steigenden Energiekosten eine Anhebung des entsprechenden Postens im Hartz-IV-Satz nicht mit schlechterem Lohn in der Energiebranche ausgeglichen werden. Ähnliche Mechanismen müssten auch für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie gelten.

Er pflichte bei, dass es Defizite in der Vorbereitung auf die Pandemie gegeben habe, widerspreche aber dem Vorwurf völlig falscher Maßnahmen. In Italien seien – ideologiesteuert durch die rechtsgerichtete Forza-Italia-Regionalregierung – erwiesenermaßen positiv auf das Coronavirus Getestete in Altenheime eingewiesen worden, was zu vielen Todesfällen in den Einrichtungen geführt habe. Derartige, völlig aus der Luft gegriffene Maßnahmen habe es seitens der nordrhein-westfälischen Landesregierung bzw. in ganz Deutschland nicht gegeben. Manche Einschnitte wie etwa Schulschließungen hätten sich als wenig wirksam erwiesen, aus der jeweiligen Situation heraus könne er die Entscheidungen aber nachvollziehen. Er weise zudem auf Hilfen beispielsweise für Prosituierte zur Sicherung des täglichen Bedarfs hin, die eigentlich eher in der Zuständigkeit des Bundes lägen.

Es gelte nun, das Bisherige auszuwerten, um auf künftige Situationen besser vorbereitet zu sein. Menschen mit Unterstützungsbedarf dürften nicht abrupt abgehängt werden. Zugleich zeige sich schon jetzt, mit dem Aufkommen der Omikron-Variante, dass Fachkenntnis und Prognosen schnell an Grenzen stießen.

Vorsitzender Rainer Schmelzer macht geltend, schon der Umfang des Protokolls zum Gespräch mit sachverständigen Gästen – es umfasse 50 Seiten – gebe Auskunft über die Intensität der Beratungen. Der Kritik, dass zu viele Gäste an dem Gespräch teilgenommen hätten, halte er entgegen, dass vielfältige soziale Ressourcen berührt würden. Kinder und Jugendliche zählten ebenso zu den besonders Betroffenen wie Menschen mit Beeinträchtigungen.

Er plädiere angesichts der Tragweite und des Umfangs des Themenkomplexes „Soziales“ dafür, sich im Gremium auch weiterhin und über die Auswertung des Gesprächs hinaus damit zu befassen.

4 Pandemie-Rahmenplan für das Land NRW

Der **Vorsitzende Rainer Schmeltzer** weist darauf hin, dass der im Zusammenhang mit dem Grippevirus entwickelte Nationale Pandemieplan von 2005 auf die Belange des Landes hin konkretisiert und 2006 als „Pandemie-Rahmenplan für das Land NRW“ veröffentlicht worden sei. Er richte sich mit Handlungsanweisungen für verschiedene pandemische Phasen an die Landesebene, in erster Linie an Behörden und Einrichtungen des Gesundheitswesens, ergänzt durch Ausarbeitungen auf kommunaler Ebene.

Das Gremium habe sich bereits auf eine Anhörung zum Pandemie-Rahmenplan am 8. März verständigt, welche Anregungen zur Optimierung des Pandemie-Rahmenplans liefern solle. Neben dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sollten fünf weitere Sachverständige gehört werden. Er bitte die Fraktionen, die Sachverständigen bis zum 15. Januar 2022 zu benennen.

Das Parlamentarische Begleitgremium beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, am 8. März 2022 eine Sachverständigenanhörung zum Pandemie-Rahmenplan durchzuführen und diese im Livestream zu übertragen.

5 Jahresbericht des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie (s. Anlage 2)

Zu dem Mitte Dezember 2021 vorgelegten Berichtsentwurf seien mittlerweile Änderungsvorschläge der Fraktionen eingegangen, die es nun zu beraten und gegebenenfalls abzustimmen gelte, so **Vorsitzender Rainer Schmeltzer**. Außerdem ständen erste Überlegungen zu etwaigen Handlungsempfehlungen an. Die Änderungsanträge bezögen sich auf Kapitel 4 des Berichtsentwurfs. Er danke den Fraktionen dafür, dass sie sich bei ihren Änderungsvorschlägen auf ihre eigenen Textentwürfe beschränkt hätten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) merkt an, ihn verwundere zwar, mit welcher Bestimmtheit die Fraktionen manche Zahlen und Daten verwendeten, wolle dem weiteren Verfahren aber nicht im Wege stehen.

Auch **Angela Lück (SPD)** äußert keine Einwände gegen die Änderungsvorschläge der Fraktionen.

Peter Preuß (CDU) erinnert daran, dass die Obleute bereits grundsätzliche Zustimmung der Fraktionen zu dem Berichtsentwurf signalisiert hätten. Bedenken gegen die Änderungsvorschläge habe er nicht. Die Fraktion der CDU wolle sich jedoch vorbehalten, bis zur Erstellung der finalen Fassung weitere Änderungsvorschläge einzubringen.

Jörn Freynick (FDP) schließt sich seinen Vorrednerinnen und Vorrednern an: Auch er erkläre sich mit den Änderungsvorschläge der Fraktionen einverstanden. Er plädiere darüber hinaus aber dafür, ein mögliches abschließendes Kapitel 5 nicht „Fazit“ zu nennen, wie von der SPD-Fraktion vorgeschlagen, da die Pandemie weiterhin andauere. Für besser erachtete er beispielsweise den Begriff „Zwischenstand“, zumal auch das Gremium möglicherweise in der nächsten Legislaturperiode erneut eingesetzt werde.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer fasst zusammen, die Fraktionen erklärten sich einhellig mit den Änderungsvorschlägen zu Kapitel 4 des Berichts einverstanden. Die SPD-Fraktion habe darüber hinaus einen Entwurf für ein mögliches Kapitel 5 eingereicht, in welchem auch auf die Möglichkeit verwiesen werde, Handlungsempfehlungen zu geben. Er vermute, dass dieser Entwurf auf eine Diskussion in einer Obleuterunde zu einem möglichen Abschlusskapitel zurückgehe.

Angela Lück (SPD) pflichtet dem Vorsitzenden bei: Der Entwurf resultiere aus den Diskussionen in der Obleuterunde. Sie zeige sich offen für andere Überschriften des Kapitels 5; es müsse nicht „Fazit“ heißen. Gegen den Inhalt des Kapitelentwurfs spreche aber ihrer Auffassung nach nichts.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer stellt heraus, die Beratung zu den Änderungsvorschlägen der Fraktionen verlaufe seiner Auffassung nach sehr gut. Er schlage vor, die Beratungen zum Berichtsentwurf in der Sitzung am 1. Februar 2022 abzuschließen, sodass der Bericht am 9. Februar im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Abstimmung gestellt und für die abschließende Beschlussfassung an das Plenum gegeben werden könne. Er verstehe die Fraktionen so, dass sie sich bis zur Sitzung am 1. Februar soweit über weitere Änderungsvorschläge sowie das abschließende Kapitel 5 verständigen könnten, dass keine zusätzliche Beratungssitzung nötig sei. Widerspruch zu dieser Einschätzung erkenne er nicht.

Das Begleitgremium kommt einvernehmlich überein, die bislang vorliegenden Änderungsvorschläge der Fraktionen (siehe Anlage 2) in den Entwurf des Jahresberichts einzuarbeiten.

6 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Rainer Schmeltzer
Vorsitzender

2 Anlagen

08.09.2022/12.09.2022

2

Fachgespräch
des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie

Datenlage – Bereich Kultur / Sport

am Dienstag, dem 11. Januar 2022
15.30 bis max. 17.30 Uhr, Raum E 3 A 02, Livestream

T a b l e a u

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Kulturrat NRW Catalina Rojas Hauser Geschäftsführung Köln	Catalina Rojas Hauser Professor Dr. Robert von Zahn	17/4672
NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste Dortmund	Ulrike Seybold (<i>Geschäftsführerin</i>)	17/4721
Soziokultur NRW Heike Herold Geschäftsführerin Münster	Heike Herold	17/4689
Jan Gerth Vize-Präsident des Handballverbands Westfalen Dortmund	Wilhelm Barnhusen (<i>Präsident</i>)	17/4711
Stefan Löcher Geschäftsführer der ARENA Management GmbH Köln	Stefan Löcher - <i>Videozuschaltung</i> -	17/4675

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>4. Themen</p> <p>4.1 Pandemische Leitlinien</p> <p>Auf Grundlage von § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW), hat der Landtag in seiner 127. Sitzung am 30. April 2020 Pandemische Leitlinien beschlossen.</p> <p>Die Pandemischen Leitlinien wurden im Wege der Beschlussdrucksache Drucksache 17/13582 - Neudruck - am 30. April 2021 öffentlich und von der Landesregierung bekannt gemacht (GV.NRW 2021 Nr. 36 S.430-436).</p> <p>Zu den Pandemischen Leitlinien in der Fassung der Beschlussdrucksache Drucksache 17/13582 - Neudruck - hörte das Parlamentarische Begleitgremium Covid-19-Pandemie Sachverständige in öffentlicher Sitzung am 11. Mai 2021</p>			

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4 des 1. Entwurfs und zu neuen Kapiteln – TOP der Sitzung am 11. Januar 2022

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>an.</p> <p>Die Fraktionen bewerten die Anhörung vom 11. Mai 2021 in der Sitzung am 8. Juni 2021 wie folgt:</p> <p>Die Fraktion der CDU führt aus, dass die epidemische Lage komplex und schwer einschätzbar sei. Einige Fehler seien gemacht worden, besonders deutlich sei dies im Bereich der Kommunikation geworden. Jetzt müssten zudem die langfristigen Folgen in den Fokus der Debatte gestellt werden, mit allen Facetten. Konsequenzen für die Pandemischen Leitlinien sollten interfraktionell erarbeitet werden. Die Fraktion erinnert an den Rahmengebenden Charakter der Pandemischen Leitlinien, weshalb in jedem Einzelfall eine Abwägung über die Tiefe der Änderung geboten sei.</p> <p>Ein gemeinsames Vorgehen betont auch die Fraktion der SPD. Nach ihrer Wahrnehmung gebe es mit Blick auf die Optimierung der Pandemischen Leitlinien bereits größere Einigkeit. Es gelte nun Kompromisse zu finden. Viele Experten hätten deutlich gemacht, dass es</p>	<p>Ein gemeinsames Vorgehen betont auch die Fraktion der SPD. <u>Gerade dieses Gremium sei eingesetzt worden, um u.a. die Fortschreibung der Pandemischen Leitlinie mit entsprechenden Sach- und Fachverstand (sh. entsprechende Anhörung) entsprechend inhaltlich</u></p>		

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>ein sehr großes Problem mit der Kommunikation gegeben habe, auf zahlreichen Ebenen und vielen Lebensbereichen. Ein weiteres großes Thema sei die Datenlage. Es gäbe zwar sehr viele Daten, diese seien aber nicht geeignet, sie sachgerecht und unter Datenschutzgesichtspunkten korrekt zu verwenden und Erkenntnisse zu ziehen. Die Fraktion sieht hier dringenden Handlungsbedarf, um die Pandemischen Leitlinien zu verbessern.</p> <p>Eine der zentralen Feststellungen bei der Anhörung war für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Kommunikation grundlegend falsch angelegt gewesen sei. Es hätte eine engere Verzahnung und Kommunikation zwischen dem Expertenrat der Landesregierung und der Politik sowie der</p>	<p><u>zu unterstützen.</u> Nach ihrer Wahrnehmung gebe es mit Blick auf die Optimierung der Pandemischen Leitlinien bereits größere Einigkeit. Es gelte nun Kompromisse zu finden. Viele Experten hätten deutlich gemacht, dass es ein sehr großes Problem mit der Kommunikation gegeben habe, auf zahlreichen Ebenen und vielen Lebensbereichen. Ein weiteres großes Thema sei die Datenlage. Es gäbe zwar sehr viele Daten, diese seien aber nicht geeignet, sie sachgerecht und unter Datenschutzgesichtspunkten korrekt zu verwenden und <u>vernetzend</u> Erkenntnisse zu ziehen. Die Fraktion sieht hier dringenden Handlungsbedarf, um die Pandemischen Leitlinien zu verbessern.</p>		<p>Eine der zentralen Feststellungen bei der Anhörung war für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Kommunikation grundlegend falsch angelegt gewesen sei. Es hätte eine engere Verzahnung und Kommunikation zwischen dem Expertenrat der Landesregierung und der Politik sowie der</p>

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>Bevölkerung stattfinden sollen. Der Krisenstab der Landesregierung hätte aktiviert werden müssen. Die Anhörung habe gezeigt, dass die Bevölkerung stärker hätte in die Arbeit eingebunden werden sollen. Beispielsweise hätten in den Hot-spot-Gebieten Einwohner:innen als Ansprechpartner:innen eingebunden werden sollen. Kinder und Jugendliche hätten bei der Impfpriorisierung berücksichtigt werden müssen. Die Anregung „mehr draußen, weniger drinnen“ sei in der Coronaschutzverordnung relativ konsequent umgesetzt worden, die Praktikabilität könne nachjustiert werden. Das Thema „Forschung“, auch im Hinblick auf den künftigen Umgang mit der Pandemie, sei sehr wichtig. An dem (kostenlosen) Angebot der (Schnell)Testungen müsse zumindest festgehalten, besser noch ausgeweitet werden. Die Gleichstellung von Geimpften, Genesenen und Getesteten war ein Thema in der Anhörung. Aus Sicht der Fraktion müsse zudem die digitale Kompetenz des Landes gestärkt werden. – Als Instrument der</p>			<p>Bevölkerung stattfinden sollen. Der Krisenstab der Landesregierung hätte aktiviert werden müssen. Die Anhörung habe gezeigt, dass die Bevölkerung stärker hätte in die Arbeit eingebunden werden sollen. Beispielsweise hätten in den Hot-spot-Gebieten Einwohner:innen als Ansprechpartner:innen eingebunden werden sollen, <u>um mit besserer Expertise und tieferem Vertrauen für das Impfen werben und über die Krankheit und den Nutzen und die Nebenwirkungen des Impfens aufklären zu können</u>. Kinder und Jugendliche hätten bei der Impfpriorisierung berücksichtigt werden müssen. Die Anregung „mehr draußen, weniger drinnen“ sei in der Coronaschutzverordnung relativ konsequent umgesetzt worden, die Praktikabilität könne nachjustiert werden. Das Thema „Forschung“, auch im Hinblick auf den künftigen Umgang mit der Pandemie, sei sehr wichtig. <u>Um einen tatsächlichen Überblick über den Verlauf der Pandemie zu bekommen seien breit angelegte Querschnittstestungen der Bevölkerung erforderlich</u></p>

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>kurzfristigen Intervention, das in Teilen Ergebnisse der Anhörung aufgreift, habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag Drucksache 17/14045 zur Änderung der Pandemischen Leitlinien in der Fassung der Beschlussdrucksache 17/13582 eingebracht.</p> <p>Die Fraktion der FDP führt aus, dass die Expertinnen und Experten an vielen Stellen deutlich gemacht</p>		<p>Die Fraktion der FDP führt aus, dass die Expertinnen und Experten an vielen Stellen deutlich gemacht</p>	<p><u>und als Frühwarnsystem der Einsatz von Gewässeranalysen.</u> An dem (kostenlosen) Angebot der (Schnell)Testungen müsse zumindest festgehalten, besser noch ausgeweitet werden. Die Gleichstellung von Geimpften, Genesenen und Getesteten war ein Thema in der Anhörung. Aus Sicht der Fraktion müsse zudem die digitale Kompetenz des Landes gestärkt werden. <u>Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde das Instrument der Pandemischen Leitlinien dazu dienen, jetzt die aktuelle Lage zu begleiten, und damit der Exekutive Handlungsmaßstäbe zu geben.</u> – Als Instrument der kurzfristigen Intervention, das in Teilen Ergebnisse der Anhörung aufgreift, habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag Drucksache 17/14045 zur Änderung der Pandemischen Leitlinien in der Fassung der Beschlussdrucksache 17/13582 eingebracht.</p>

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>hätten, dass sie die Leitlinien überwiegend unterstützen. Selbstverständlich habe es auch Kritik gegeben. Die Landesregierung habe schon einige Kritikpunkte – wie z.B. die Optimierung der Kommunikation und die <u>Entkopplung</u> von Inzidenzwerten und Infektionsschutzmaßnahmen - in ihr aktuelles Handeln einfließen lassen. Gelobt worden seien die Modelle für die Durchführung von Kultur- und Sportveranstaltungen, die durchaus das Lebensgefühl der Menschen verbessern können <u>und unterstützen</u>. Positiv erwähnt worden sei auch, dass die <u>Außenaktivitäten insgesamt besser dargestellt worden sind</u>. Daher sieht die Fraktion der FDP die Pandemischen Leitlinien auf einem guten Weg.</p> <p>Im Nachgang zu der Aussprache erklärt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag</p>		<p>hätten, dass sie die Leitlinien überwiegend unterstützen. Selbstverständlich habe es auch Kritik gegeben. Die Landesregierung habe schon einige Kritikpunkte – wie z.B. die Optimierung der Kommunikation und die <u>Aufhebung der pauschalen Kopplung</u> von Inzidenzwerten und Infektionsschutzmaßnahmen <u>zugunsten einer stärkeren Differenzierung anhand verschiedener Kriterien</u> - in ihr aktuelles Handeln einfließen lassen. Gelobt worden seien die Modelle für die Durchführung von Kultur- und Sportveranstaltungen, die durchaus das Lebensgefühl der Menschen verbessern können. Positiv erwähnt worden sei auch, dass die <u>Öffnung von Aktivitäten im Außenbereich verdeutlicht wurde, da aus Sicht der Aerosolforschung die Infektionsgefahr draußen zwischen 18,7 und 1000 mal niedriger sei als in Innenräumen</u>. Daher sieht die Fraktion der FDP die Pandemischen Leitlinien auf einem guten Weg.</p>	

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4 des 1. Entwurfs und zu neuen Kapiteln – TOP der Sitzung am 11. Januar 2022

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>Drucksache 17/14045 zur Änderung der Pandemischen Leitlinien am 14. Juni 2021 für erledigt, vgl. Unterrichtung durch den Präsidenten, Drucksache 17/14147.</p> <p>Am 22. Juni 2021 bringen sowohl die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen gemeinsamen Antrag Drucksache 17/14263 als auch die Fraktionen von CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag Drucksache 17/14284 zur Änderung der Pandemischen Leitlinien ein.</p> <p>Die vom Landtag am 30. Juni 2021 beschlossenen Pandemischen Leitlinien in geänderter Fassung wurden im Wege der Beschlussdrucksache Drucksache 17/14400 am 1. Juli 2021 öffentlich und von der Landesregierung bekannt gemacht (GV.NRW 2021 Nr. 53 S.899-903).</p> <p>Die Fraktionen von CDU und FDP bringen am 31. August 2021 einen neuerlichen gemeinsamen Antrag Drucksache 17/14957 zur Änderung der Pandemischen Leitlinien</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>ein. Hierzu bringt die Fraktion der SPD mit Drucksache 17/15126 einen Entschließungsantrag „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schützen – Pandemische Leitlinien neu auflegen“ ein.</p> <p>Die vom Landtag am 8. September 2021 beschlossenen Pandemischen Leitlinien in geänderter Fassung wurden im Wege der Beschlussdrucksache Drucksache 17/15172 am 13. September 2021 öffentlich und von der Landesregierung bekannt gemacht (GV.NRW 2021 Nr. 69 S.1093-1096). Der Entschließungsantrag wurde abgelehnt.</p> <p>Am 7. Dezember 2021 bringen die Fraktionen von CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag Drucksache 17/15876 zur Änderung der Pandemischen Leitlinien ein.</p> <p>(...)</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>4.2 Impfpass - Nachweis von Covid-19-Impfungen</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 22. Juni 2021 in der Sitzung am 24. August 2021 wie folgt:</p> <p>Die Fraktion der CDU konstatiert, dass sich die anfänglichen Bedenken hinsichtlich der technischen Umsetzung nicht bestätigt hätten und somit das Thema als erledigt betrachtet werden könne.</p> <p>Der Aspekt der elektronischen Nachweisbarkeit einer Impfung wird von der Fraktion der SPD bestätigt. Darüber hinaus seien jedoch noch weitere, nicht zufriedenstellende Aspekte der Digitalisierung zur Sprache gekommen. Das Thema müsse somit auf der Agenda verbleiben.</p>	<p>Der Aspekt der elektronischen Nachweisbarkeit einer Impfung wird von der Fraktion der SPD bestätigt. Darüber hinaus seien jedoch noch weitere, nicht zufriedenstellende Aspekte der Digitalisierung zur Sprache gekommen. Das Thema müsse somit auf der Agenda <u>des Covid-19-Begleitgremiums</u> verbleiben.</p>		
<p>4.3 Psychische und andere Auswirkungen von Kontaktbeschränkungen,</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>vor allem bei Kindern und Jugendlichen sowie auf Familien</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 22. Juni 2021 in der Sitzung am 24. August 2021 wie folgt:</p> <p>Für die Fraktion der SPD wurde deutlich, dass sich die Politik noch lange mit dem Thema werde befassen müssen, zu komplex und diffizil sei die Lage. Man werde zudem davon ausgehen müssen, dass sich bereits vorhandene Auffälligkeiten verstärken würden.</p>			
<p>4.4 Medikamentenforschung zu SARS-CoV-2</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 17. August 2021 in der Sitzung am 26. Oktober 2021 wie folgt:</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
	<p><u>Medikamentenforschung benötige nach Einschätzung der Fraktion der SPD langfristige, dauerhafte, infrastrukturelle und institutionelle Förderung. Diese Förderung sehe sie als staatliche Aufgabe an. Auch bei der Grundausstattung der Universitäten sowie bei der Erleichterung klinischer Studien müsse der Staat helfen, denn auch angesichts hervorragender Kliniken sei der Forschungsweg kompliziert und teuer.</u></p>		
<p>4.5 Kommunikationsverhalten der öffentlichen Stellen – verwaltungsintern und gegenüber dem Bürger</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 17. August 2021 in der Sitzung am 26. Oktober 2021 wie folgt:</p>	<p><u>Die Fraktion der SPD stellte fest, dass die horizontale und vertikale Kommunikation zwischen den verschiedenen staatlichen und</u></p>		

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
	<p><u>politischen Ebenen, aber genauso zwischen den handelnden Einrichtungen und Institutionen zu verbessern sei. Ziel ist eine enge und abgestimmte Koordination von Maßnahmen, der zeitnahen Umsetzung von Entscheidungen und – so weit möglich – eine gemeinsame öffentliche Kommunikation. Bei der Kommunikation ist dabei immer auf den Adressatenbezug zu achten. Damit einher geht auch die Wahl des Kommunikationsmittels. Dies gilt besonders für die Kommunikation mit den Bürger*innen und damit in weitem Maß für die Akzeptanz der jeweiligen Maßnahme zum Schutz und zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Dabei ist auch die unterschiedlich ausgeprägte Medienkompetenz der jeweiligen Zielgruppe zu berücksichtigen.</u></p>		
<p>4.6 Long Covid – Handlungsmöglichkeiten des Landes</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>17. August 2021 in der Sitzung am 26. Oktober 2021 wie folgt:</p>	<p><u>Seitens der Fraktion der SPD sei aus der Anhörung klar hervorgegangen, dass der ambulante Sektor die Hauptlast trage, diesem aber die Infrastruktur und das Personal dafür fehle.</u></p> <p><u>Das Zusammenspiel mit Rehabilitationsmaßnahmen im Anschluss an Long COVID habe zu guten Ergebnissen geführt. In diesem Zusammenhang werde eine eher sektorübergreifender Zusammenarbeit und Vernetzung gefordert, um vor allem die Begleiterscheinungen durch Long COVID besser ausheilen zu können. Es müsse mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit in dem Bereich geben. Ob hierzu an den Universitäten angegliederte Kompetenzzentren oder auch eine Fachgesellschaft erforderlich seien, müsse noch geklärt werden. Die Anhörung habe deutlich gezeigt, dass der Bedarf seitens der Medizin gegeben sei. Die Sachverständigen hätten deutlich gemacht, dass die Medizinerinnen und Mediziner dazu bereit seien, sie</u></p>		

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
	<p><u>bräuchten lediglich den entsprechenden staatlichen Auftrag. Daran müsse weitergearbeitet werden. Das Thema „Long COVID“ werde auch noch viele Jahre nach der Akutphase des Coronavirus ein ständiges Thema für die Politik bleiben und der parlamentarischen Begleitung bedürfen.</u></p>		
<p>4.7 Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 14. September 2021 in der Sitzung am 7. Dezember 2021 wie folgt:</p> <p>Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das kontinuierliche Testen, unabhängig vom Impfstatus, unabdingbar. Eine dritte Impfung sei zudem notwendig, auch wenn sie keinen 100%igen Schutz böte. Diesbezüglich unterscheide sich im Übrigen die SARS-CoV-2-Impfung nicht von anderen, bereits langjährig praktizierten Impfungen. Je nach bestehender Infrastruktur</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>könne eine Änderung von 3G auf 2G erforderlich werden.</p> <p>Die Experten hätten bereits vor einem Vierteljahr vor der jetzt eingetretenen Lage gewarnt, so die Fraktion der SPD. Erforderliche Werkzeuge stünden schon seit September zur Verfügung. Bedauerlicherweise hätten die Experten unzureichend Gehör gefunden.</p> <p>Auch die Fraktion der CDU räumt ein, dass einige Vorhersagen eingetreten seien. Die verminderte Gewichtung der Inzidenz sei kein guter Weg bei der Beurteilung der Pandemielage gewesen. Die Hospitalisierungsrate sei nicht zu 100% aussagefähig und die Bettenkapazität sinke, auch mangels Personal.</p> <p>Die Fraktion der FDP konstatiert, dass Nordrhein-Westfalen nicht alles falsch gemacht habe. Im Fachgespräch sei 3G empfohlen worden, inzwischen gelte <u>sogar 2G</u>. Beim Genesenenstatus habe man</p>	<p>Die Experten hätten bereits vor einem Vierteljahr vor der jetzt eingetretenen Lage gewarnt, so die Fraktion der SPD. Erforderliche Werkzeuge stünden schon seit September zur Verfügung. Bedauerlicherweise hätten die Experten <u>außerhalb dieses Gremiums</u> unzureichend Gehör gefunden.</p>	<p>Die Fraktion der FDP konstatiert, dass Nordrhein-Westfalen nicht alles falsch gemacht habe. Im Fachgespräch sei <u>auf die Bedeutung von Tests auch unter Geimpften und Genesenen verwiesen worden</u></p>	

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>noch nachzuarbeiten, der Status müsse klarer definiert werden.</p>		<p><u>und</u> 3G empfohlen worden, inzwischen gelte <u>2G oder teilweise sogar 2G+</u>. Beim Genesenenstatus habe man noch nachzuarbeiten, der Status müsse <u>auch im Hinblick auf Antikörpertiter</u> klarer definiert werden.</p>	
<p>4.8 Datenlage</p> <p>Das Gremium widmet sich einzelnen Facetten der Datenlage in separaten Fachgesprächen.</p> <p>4.8.1 Datenlage - stationäre Versorgung</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 28. September 2021 in der Sitzung am 7. Dezember 2021 wie folgt:</p> <p>Die Fraktion der SPD zeigt sich besorgt ob der fallenden Zahl der Intensivbetten, zu der der zunehmende Mangel an Fachkräften hinzukommt. Der Hospitalisierungsrate werde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Inzwischen</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>beständen in den Krankenhäusern prekäre Situationen. Besorgniserregend sei die besonders hohe Infektionsrate bei Kindern, viele Kinderkliniken seien am Limit. Es bedürfe zum einen mehr Vorsorge/Vorsicht sowie Entlastung der Krankenhäuser.</p> <p>Die von Nordrhein-Westfalen getroffenen Maßnahmen zeigten schon positive Wirkung, so die Fraktion der CDU. Nach wie vor sei aber die Analyse der Daten nicht gut. Hier könnte nachgebessert werden, zumal alle Daten noch vorhanden seien. Mit Blick auf die Krankenhausplanung müsse ein Stück weit hingenommen werden, dass Pandemiegeschehen nicht vorsorglich einplanbar seien.</p> <p>Die Fraktion der FDP bekräftigt, dass die Datenerhebung und <u>Datenverarbeitung</u> besser werden müsse.</p>		<p>Die Fraktion der FDP bekräftigt, dass die Datenerhebung und <u>Datenauswertung</u> besser werden müsse.</p>	

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>4.8.2 Datenlage - ambulante Versorgung, insb. zu Long Covid</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 28. September 2021 in der Sitzung am 7. Dezember 2021 wie folgt:</p> <p>Die Fraktion der CDU ist der Einschätzung, dass es keine singuläre Lösung für die Problemstellungen der ambulanten Versorgung gibt. Demzufolge sei die Einrichtung verschiedenster Ambulanzen erforderlich und eine Stärkung der Forschung.</p> <p>Die Fraktion der SPD hält fest, dass bereits die Diagnose Long Covid oftmals schwer zu stellen sei. Trotz guter Genesungsverläufe von SARS-CoV-2 in den Krankenhäusern, sei im Anschluss oft eine weitere Betreuung der ehemals Infizierten erforderlich. Die Versorgungsstruktur liege dann in der</p>	<p>Die Fraktion der SPD hält fest, dass bereits die Diagnose Long Covid oftmals schwer zu stellen sei. Trotz guter Genesungsverläufe von SARS-CoV-2 in den Krankenhäusern, sei im Anschluss oft eine weitere Betreuung der ehemals Infizierten erforderlich. Die Versorgungsstruktur liege dann in der Regel bei den Hausärzten. Von den</p>		

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>Regel bei den Hausärzten. Von den Experten sei die Einrichtung einer Fachgesellschaft gefordert worden, was <u>überdacht</u> werden sollte.</p> <p>Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist schon die Auseinandersetzung mit dem Thema ein Fortschritt. Inzwischen seien Kompetenzzentren eingerichtet. Es bedürfe hier und da noch der Anerkennung der Symptomatik als Krankheit. Zudem sei die Zusammenführung und Analyse aller spezifischen Informationen dringlich.</p>	<p>Experten sei die Einrichtung einer Fachgesellschaft <u>bzw. sektorübergreifender Kompetenzzentren aus Kliniken, niedergelassenen Ärzten und REHA-Einrichtungen</u> gefordert worden, was <u>dringend bedacht</u> werden sollte.</p>		
<p>4.8.3 Datenlage - Soziales</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 26. Oktober 2021 in der Sitzung am</p>			

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
<p>4.8.4 Datenlage - Arbeit / Wirtschaft</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 16. November 2021 in der Sitzung am</p>			
<p>4.8.5 Datenlage - Bildung</p> <p>Die Fraktionen bewerten das Gespräch mit Sachverständigen vom 7. Dezember 2021 in der Sitzung am</p>			
<p><u>5. Fazit</u></p>	<p><u>Die Möglichkeit der zugleich inhaltlich tiefen aber vor allem themenübergreifenden Betrachtung der Pandemie im Ausschuss stellt einen wichtigen Mehrwert für das parlamentarische Handeln und die Bearbeitung der sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen</u></p>		

Tischvorlage zur Beratung der Änderungsvorschläge der Fraktionen

zu Kapitel 4 des 1. Entwurfs und zu neuen Kapiteln – TOP der Sitzung am 11. Januar 2022

ORIGINAL-Textentwurf	Änderungsvorschlag SPD-Fraktion	Änderungsvorschlag FDP-Fraktion	Änderungsvorschlag Grüne-Fraktion
	<p><u>der gegenwärtigen Pandemie dar. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den bisher erfolgten Gesprächen zur Datenlage, sondern auch in Bezug auf den Bewertungsmaßstab zur Beurteilung der Pandemielage und deren späterer Verlauf.</u></p> <p><u>Das im Gremium erarbeitete Wissen gilt es nun zum Wohle der Bürger*innen NRWs in konkretes politisches Handeln zu überführen, damit unter anderem die langfristigen Folgen der Pandemie für die nachfolgenden Generationen abgefedert werden können. Zugleich können aus der bisherigen Arbeit des Covid-19-Begleitgremiums generalisierte Schlussfolgerungen für vergleichbare Krisen- oder pandemische Situationen gezogen werden, an denen sich die Landesregierung orientieren sollte.</u></p>		